

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

107/20

ZIMBABWE

Widerstand
gegen Repression

SÜDLICHES AFRIKA

Die Corona-Krise(n)

EUROPA – AFRIKA

Robert Kappel
im Interview

APARTHEID-SÜDAFRIKA

Spannender Gefängnisthriller



SADOC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtpaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k. in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelle Projekte: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer); 100 Jahre afrikanische Präsenz in Wien (Vanessa Spanbauer, Simon Loidl).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

107 Ausgaben INDABA.

Weiterhin bieten wir alte Ausgaben zu einem Sonderpreis von 1 Euro pro Stück an. Wenn Sie also Ihre Sammlung vervollständigen oder sich gar eine vollständige Kollektion der Ausgaben 1 bis 107 zulegen wollen, wenden Sie sich bitte an unser Büro: sekretariat@sadocc.at

Das Angebot gilt je nach Verfügbarkeit und gegen Vorauszahlung der jeweiligen Summe (plus Porto, außer bei Selbstabholung) auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN: AT57 1200 0006 1051 2006, lautend auf SADOCC.

	3	Repression in Zimbabwe
		Während sich alles auf die Pandemie konzentriert, eskaliert der Machtkampf an der Spitze, Proteste werden brutal unterdrückt. Von Panashe Chigumadzi
Protestmarsch in Harare	4	
		
	9	Schluß mit den EPAs
		Robert Kappel fordert im Interview einen Neustart der Beziehungen zwischen Afrika und der Europäischen Union
	12	Afrika zwischen Krisenimage und Desinteresse
		Martin Sturmer über die mediale Berichterstattung zu Corona, plus Update zu sechs SADC-Ländern
Demokratischer Coup in Malawi	18	
	22	Escape from Pretoria
		Ein spannender Film über ein spektakuläres Event 1979. Von Simon Loidl
DDR, Kuba und der Südliche Afrika	25	

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Titelfoto:** Solidaritätskundgebung für Zimbabwe in Kapstadt. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Eric Burton, Panashe Chigumadzi, Helena Hornung, Adalbert Krims, Simon Loidl, Fadzayi Mahere, Lennart Oestergaard (FES), Richard Rooney (SAK Swazi Newsletter), Manfred Sauer, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Martin Sturmer, Hemma Tengler. **Fotos:** Birgit Reiter, Robert Kappel, SADOCC, Signature Entertainment, Marcel Singhal, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 15. September 2020. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Machtkampf, Pandemie und Repression

Verschlimmerung der Situation in Zimbabwe

Gerüchten zufolge bildete der anhaltende Machtkampf zwischen Präsident Emmerson Mnangagwa und seinem Stellvertreter Constantino Chiwenga den Hintergrund für die brutalen Polizeiaktionen rund um den 31. Juli. Davon abgesehen benützt das Regime die Corona-Pandemie, um Proteste der Bevölkerung im Keim zu ersticken. Von Panashe Chigumadzi.

Am 20. Juli verhaftete die Polizei in Harare den Journalisten Hopewell Chin'ono. Der prominente Investigativreporter hatte im Juni einen 60-Millionen-Dollar-Korruptionsskandal aufgedeckt. Gleichzeitig nahmen sie auch Jacob Ngarivhume fest, den Vorsitzenden von *Transform Zimbabwe*, einer politischen Organisation, die für den 31. Juli einen nationalen Protest gegen Korruption vorbereitete. Beide Männer werden beschuldigt, zu öffentlicher Gewalt angestiftet zu haben.

Am Vorabend der Gerichtsanhörung von Chin'ono und Ngarivhume am 22. Juli ordnete Präsident Emmerson Mnangagwa eine landesweite Ausgangssperre von der Dämmerung bis zum Morgengrauen an sowie ein Verbot großer Versammlungen. Angeblich geschah das als Reaktion auf einen jüngsten Anstieg der COVID-19-Fälle.

Vielleicht könnte eine Verschärfung von Beschränkungen als Reaktion auf

eine Zunahme der Pandemie in manchen Ländern bejaht oder zumindest toleriert werden. In Zimbabwe aber ist sie zutiefst besorgniserregend. Denn seit der Einführung der Notstandsbestimmungen im März hat die regierende ZANU PF-Partei COVID-19 als

bequeme Deckung verwendet, um das Budget zu plündern, die Pressefreiheit einzuschränken, Menschenrechte zu verletzen und Aktivist/inn/en zu verhaften. Am besorgniserregendsten ist viel-

leicht, daß der Lockdown genutzt wurde, um stillschweigend die Verfassung zu ändern und die Befugnisse der Exekutive ohne Mitsprache der Öffentlichkeit zu konsolidieren.

Lange ist es her, daß Mnangagwa nach dem Sturz Robert Mugabes im November 2017 das Versprechen abgab, eine »neue Ordnung« zu schaffen, die wirtschaftliche Wiederbelebung und demokratische Reformen garantieren sollte. Schon lange bevor

Notstand als Ausrede für Willkür



Panashe Chigumadzi

der Coronavirus Zimbabwe erreichte, war davon keine Rede mehr, aber die Pandemie hat die Sache noch schlimmer gemacht.

Chin'ono ist der letzte von sechs Journalisten, die seit März in Zimbabwe festgenommen wurden. Im Juni hatte er eine Reihe von Facebook-Postings veröffentlicht, in denen angebliche Verbindungen zwischen dem

Nebel der Angst

Aus der Ferne beobachteten wir, wie unsere Verfolger Uniformen anzogen. Kurz darauf überflutete Bereitschaftspolizei das Einkaufszentrum, bewaffnet mit Gewehren. Wir blieben sitzen, bis sie angingen, uns zu ergreifen. »Anstiftung zu öffentlicher Gewalt!« schrie ein Offizier.

Alle sieben wurden wir auf der Ladefläche eines Polizeiwagens verstaubt. Wir fuhren durch den bedrohlich stillen *Central Business District* bis zur Polizeistation in *Harare Central*.

Inkompetenz und Durcheinander bei den Verhören, die Polizisten hatten nicht einmal ein Strafgesetzbuch. Wir waren froh, daß wir unsere Anwälte angerufen hatten. Wir trafen Tsitsi Dangarembwa, Julie Barnes und andere, die ebenfalls friedlich protestiert hatten und verhaftet worden waren. Später sahen wir in den Zellen Terrence und Loveridge, sie waren entführt, geschlagen und gefoltert worden. Sie hatten blutende Kopfverletzungen und waren benommen. Ihre Kleidung war schmutzig. Man hatte ihnen die Augen verbunden und ihnen gesagt, man wäre am Lake Chivero, sie würden jetzt den Krokodilen gefüttert.

Als die Nacht hereinbrach, wurden wir nach oben in unsere Zellen gebracht. Es gab kein Wasser, nur eine überlaufende Grubenlatrine. Überall waren Urinpfüten. Es gab kein Desinfektionsmittel und keine Seife. Es gab einen Stapel schmutziger Decken, die wir gar nicht benutzen wollten. Schließlich nahmen wir sie und kauerten uns aneinander. Die Kälte strömte durch unsere Adern.

Nach einem gefühlten Jahrtausend kam der Morgen. Weitere Ineffizienz, Verwirrung und Langsamkeit. Erst zu Mittag wurden wir gegen Kautionsfreigabe freigelassen und mußten unsere Pässe abgeben.

Was ist das für eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht in Freiheit leben könnten? Mein Anspruch ist, daß wir in einer Nation leben, in der es Freiheit gibt, Fairness und Chancen für alle. Die Reise dorthin wird lang und oft mühsam. Wir dürfen jedoch niemals aufhören zu kämpfen, um Zimbabwe für Veränderungen zu gewinnen. Ich werde nie aufhören mir vorzustellen, daß Zimbabwe besser sein kann als jetzt. Retten wir die Babies – die ungeborenen, die eine bessere Zukunft verdienen als sie die krisengeschüttelte Nation von heute bieten kann.

#FreeZimbabwe #FreeHopewell
#FreeJacob #FreeSimon

haben. Aus demselben Grund wurden auch viele andere verhaftet, die gegen die COVID-19-Politik der Regierung sowie die Entscheidung der ZANU PF, die Verfassung zu ändern, zu protestieren. Nun hat der Präsident zusätzlich Vollmachten erhalten. Als die Aktivistinnen Namatai Kwekweza und Vongai Zimudzi versuchten, eine Petition an Justizminister Ziyambi Ziyambi zu übergeben, in der sie auf die mangelnde öffentliche Konsultation zu den Verfassungsänderungen hingen, wurden auch sie der Anstiftung zu öffentlicher Gewalt beschuldigt. Kwekweza wurde am 15. Juli zum zweiten Mal festgenommen, nachdem sie ihre Ablehnung der Regierungsmaßnahmen kundgetan hatte.

Seit März wurden in Zimbabwe laut BBC insgesamt mehr als hunderttausend Menschen wegen angeblicher Verstöße gegen die Ausgangssperre festgenommen. Viele von ihnen gerieten ins Visier der Polizei, nachdem sie sich Protesten angeschlossen hatten. Der ungeheuerlichste Fall ereignete sich im Juni, als drei Frauen – die Oppositionsabgeordnete Joana Mamombe zusammen mit den Aktivistinnen Cecilia Chimbori und Netsai Marova – nach einer Demonstration entführt wurden. Fast 48 Stunden später wurden sie auf einem Marktplatz aufgefunden und mußten wegen Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Es kursierten schockierende Videos der traumatisierten Frauen, die beschreiben, wie sie von unbekanntem Männern aus der Stadt gebracht, geschlagen und sexuell mißbraucht wurden. Aber anstatt ihren Behauptungen nachzugehen, wurden sie wegen eines »gefälschten Entführungsberichts« verhaftet.

**Verfassung
neuerlich
geändert**

Die Verhaftungen von Chin'ono und Ngarivhume wurden weltweit verurteilt. Aber die Regierung bleibt unbeeindruckt, und der Sprecher von ZANU PF, Patrick Chinamasa, warnt: »Wir bleiben wachsam gegenüber den Machenschaften des Feindes, die in den letzten Wochen intensiviert wurden. Die ZANU PF schläft mit einem offenen Auge.«

Wieder einmal hat die zimbabwische Regierung nicht erkannt, daß die größte Bedrohung, der sie ausgesetzt ist, von ihr selbst ausgeht – durch fortgesetzte Plünderungen der Staatskassa, wirtschaftliches Mißmanagement und Unterdrückung. Sie sollte sich lieber auf die Hyperinflation konzentrieren, die Grundnahrungsmittel für die meisten Zimbabwer/innen unerschwinglich gemacht hat. Viele müssen jetzt wertvolle Habseligkeiten verkaufen und sich tiefer verschulden, nur um essen zu können. Im schlimmsten Fall müssen viele Zimbabwer einfach darauf verzichten. Zimbabwe war schon vor Corona mit Wirtschafts- und Hungerkrisen konfrontiert, von denen Hunderttausende Menschen in städtischen und ländlichen Gebieten betroffen waren.

Die von der ZANU PF selbst verursachte Krise wird durch die Tatsache verschärft, daß die Basis, auf die sie sich stützt – Militär, Polizei und die *Central Intelligence Organization* (CIO) – unter der gleichen wirtschaftlichen Belastung leidet wie ihre Mitbürger/innen. Daher forderten die Organisatoren der Proteste auch die Angehörigen des Militärs, der Polizei, der Luftwaffe und des Gefängnisdienstes auf, am 31. Juli ihre Befehle zu mißachten.

Ist die Polizei noch verlässlich?

Dies veranlaßte die Chefs des Sicherheitsapparats, vor Insubordination zu warnen. In einer Erklärung sagte der stellvertretende Polizeikommissar, Paul Nyathi: »Wir haben die jüngsten Social-Media-Beiträge mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, in denen die Mitglieder aufgefordert wurden, rechtmäßige Anweisungen, Befehle und Anweisungen ihrer Kommandeure während der Ausübung ihres Dienstes zu mißachten.« Er forderte die Beamten auf, Versuche zur »Spaltung der Sicherheitsdienste« zu ignorieren.

Die Regierung nach Mugabe nutzte die Pandemie, um die demokratischen Freiheiten und Reformen, die sie bei der Machtübernahme versprochen hatte, weiter zu untergraben. Genauso wie – oder vielleicht sogar noch schlimmer als die Regierung seines Vorgängers – ist Mnangagwas »neue Ordnung« in Bezug auf Wirtschaft und Soziales korrupt und ahnungslos, aber äußerst einfallreich, wenn es darum geht, Dissens zu unterdrücken und die Staatskassen zu plündern. Unter dem Gewicht des immer repressiveren Stiefels von ZANU PF können Journalisten nicht atmen, Aktivisten können nicht atmen, Anwälte können nicht atmen, Krankenschwestern können nicht atmen, Lehrer können nicht atmen, Gewerkschafter können nicht atmen, die



Weibliche Bereitschaftspolizei im Einsatz gegen Demonstrantinnen

Opposition kann nicht atmen und normale Bürger können nicht atmen. Und am besorgniserregendsten für die Regierung ist es vielleicht, daß selbst ihre eigenen Sicherheitskräfte nicht atmen können, wenn sie eingesetzt werden, um die Luft ihrer Mitbürger zu unterdrücken.

Panashe Chigumadzi ist Schriftstellerin, geboren in Zimbabwe und aufgewachsen in Südafrika. Ihr Debütroman »Sweet Medicine« (Blackbird Books, 2015) wurde 2016 mit dem K. Sello Duiker Literary Award ausgezeichnet. Ihr zweites Buch, »These Bones Will Rise Again«, eine Reflexion über Robert Mugabes Sturz, wurde im Juni 2018 von Indigo Press veröffentlicht. Ihr Beitrag (hier redaktionell bearbeitet und gekürzt) wurde in African Arguments vom 30. Juli veröffentlicht (<https://africanarguments.org/2020/07/30/in-zimbabwe-no-one-can-breathe/>).

Jacob Ngarivhume von Transform Zimbabwe wurde Anfang September freigelassen.

... spektrum ...

Anti-Korruptionsfront in Südafrika? In einer virtuellen Veranstaltung am 13. August riefen der *South African Council of Churches* (SACC), die *Ahmed Kathrada Foundation* und andere politische Stiftungen zur Gründung einer breiten Anti-Korruptionskampagne nach dem Vorbild der seinerzeitigen *United Democratic Front* auf, die in den 1980er Jahren gegen die Apartheid-Diktatur gekämpft hatte. Der verabschiedete Aktionsplan *#StopC19Corruption* wurde mittlerweile von zahlreichen NGOs angenommen.

Ausgangspunkt der Initiative, die am 91. Geburtstag von Mandela-Mitkämpfer Ahmed Kathrada startete, sind die zahlreichen Korruptionsskandale im Zusammenhang mit dem Corona-Hilfsfonds der Regierung, in die hochrangige ANC-Politiker wie Generalsekretär Ace Magashule und Regierungsmitarbeiter/innen verwickelt sein sollen. Thuli Madonsela, früher Public Protector und nun Professorin an der Universität Stellenbosch (INDABA 93/17), rief die Zivilgesellschaft dazu auf, ihre Kapazitäten als »Watchdog« der Demokratie zu stärken und gegen Korruption aufzustehen. Präsident Ramaphosa forderte sie dazu auf, sich in einem Treffen mit den NGOs zu solidarisieren. Derek Hanekom, Vorstandsvorsitzender der Ahmed Kathrada Foundation (INDABA 100/18), schloß sich dem Appell an; ebenso wie 1983, als sich die UDF formierte, um die Apartheid zu bekämpfen, bestünde heute eine ähnliche Notwendigkeit, gemeinsam Korruption auszurotten.

Die Kampagne, die in den kommenden Wochen und Monaten – so-



Thuli Madonsela

weit es die Corona-Beschränkungen erlauben – an Fahrt gewinnen soll, übt nicht zuletzt Druck auf Präsident Cyril Ramaphosa aus und stellt somit eine neue Facette der südafrikanischen Innenpolitik dar. Als Sieger beim ANC-Parteitag im Dezember 2017 gegen die Frontfrau der pro-Zuma-Fraktion, Nkosazana Dlamini Zuma, genöß Ramaphosa ja ursprünglich das Vertrauen der Zivilgesellschaft (INDABA 97/18).

Allerdings verfügt er in den Führungsgremien des regierenden ANC über keine tragfähige Mehrheit, was sich insbesondere im mangelnden Durchgreifen gegen die unter Korruptionsverdacht stehenden Schwergewichte der pro-Zuma-Gruppe äußert. Angesichts eines weitgehend handlungsunfähigen und in Fraktionskämpfe verwickelten ANC, einer schwachen und (EEF) ebenfalls korrupten Opposition sowie der aktuellen Gesundheitskrise scheint das Engagement von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften so wie in den 1980er-Jahren wichtig, um die Bevölkerung gegen ein weiteres Abrutschen Südafrikas in Kleptokratie und Stagnation zu mobilisieren, schreiben Kommentatoren.

Neustart der BIG-Kampagne in Namibia. Die namibische Zivilgesellschaft hat mit einer live übertragenen Internet-Veranstaltung am 8. September ihre Kampagne zur Durchsetzung eines Grundeinkommens wiederaufgenommen. Damit sollen die schweren sozialen Folgen der Coronapandemie zumindest teilweise abgefedert werden.

Wie berichtet, stand vor etwa zehn Jahren die Einführung eines *Basic Income Grant* unmittelbar bevor, wurde aufgrund von Interventionen aus der BRD jedoch in letzter Minute abgeblasen und ist seither auf Eis gelegt (INDABA 105/20). Die neue Aktion zielt auf eine Ausweitung des Beihilfenwesens in Richtung allgemeines Mindestsicherungssystem (*»government social protection scheme«*) ab. Sie wird von namibischen NGOs getragen, darunter dem *Legal Assistance Center* und dem *Labour Resource and Research Institute* (LaRRI). Beide Gewerkschaftsdachverbände, NUNW und Tucna, sowie der Namibische Kirchenrat unterstützen das Projekt. Die Kampagne wird vom *Economic & Social Justice Trust* getragen und von Rinaani Musutua koordiniert. Wie die Organisator/inn/en bei der Auftaktveranstaltung erklärten, besteht das Ziel darin, den von der Regierung gewährten *Emergency Income Grant* von N\$ 750 für drei Monate zu einem Mindestsicherungssystem auszuweiten, unter dem alle Namibier/innen zwischen dem 19. und dem 59. Lebensjahr eine Zahlung von N\$ 500 pro Person und Monat erhalten sollen. Damit soll langfristig die extreme Armut in Namibia reduziert werden.

Der Relaunch der BIG-Kampagne wird von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft und vom Österreichischen Gewerkschaftsbund finanziell unterstützt.

Perrance Shiri verstorben. Am 29. Juli verstarb Zimbabwes 65-jähriger Landwirtschaftsminister Perrance Shiri an den Folgen von COVID-19. Shiri kommandierte die für den Gukurahundi-Genozid verantwortliche Fünfte Brigade, welche in den frühen 80er Jahren über 20.000 Menschen im ndebele-sprachigen Südwesten des Landes ermordete. Ungeachtet der ihm vorgeworfenen Menschenrechtsverbrechen wurde er 1986 am britischen *Royal College of Defence Studies*, einer weltweit renommierten Militärakademie, aufgenommen und diente von 1992 bis 2017 als Kommandant der zimbabwe'schen Luftwaffe. Zuletzt amtierte er als Minister für Landwirtschaft und Landreform.

Rechtsextremisten in Polen verherrlichen südafrikanischen Mörder. Janusz Walus, einer der beiden Killer, die 1993 in Boksburg Chris Hani, den Generalsekretär der *South African Communist Party* (SACP), erschossen, ist in Polen zu einer Symbolfigur der Rechtsextremisten geworden. Zuletzt tauchten Solidaritätsplakate für ihn bei einem Fußballmatch zwischen *Legia Warszawa* und *Raków Częstochowa* am 28. August in Warschau auf.

Die Ermordung von Hani führte seinerzeit zu einer tiefen Krise des Übergangsprozesses in Südafrika zur demokratischen Verfassung, die nur durch eine dramatische Intervention Nelson Mandelas gemeistert werden konnte. Hani wird bis heute als eine Symbolfigur der Linken verehrt.

Während der zweite Hani-Mörder, Clive Derby-Lewis, in der Haft 2016 verstarb, büßt Janusz Walus weiterhin seine lebenslängliche Freiheitsstrafe ab. Mehrere Anträge um Begnadigung wurden ebenso abgelehnt wie die Erteilung von Amnestie durch die

Truth and Reconciliation Commission.

Rafał Pankowski, Soziologieprofessor in Warschau und Pressesprecher der polnischen antirassistischen Bewegung »Nie wieder«, hat die zunehmende Popularität von Walus seit 2013 dokumentiert. Vor allem bei Fußballspielen wird von rechtsextremistischen Gruppierungen für seine Freilassung und Rückkehr nach Polen mobilisiert. »Ihre Botschaft beruht auf einer antikommunistischen Rhetorik«, sagt Pankowski, »aber vor allem darauf, daß mit Hani ein Schwarzer erschossen wurde. Im Mittelpunkt steht die Glorifizierung von rassistischer Gewalt. Seine Begnadigung wird auch nicht aus humanitären Gründen gefordert, sondern weil man für richtig findet, was er getan hat.«

Die Pro-Walus-Bewegung ist mittlerweile auch zu einem guten Geschäft geworden. T-Shirts, Buttons und Schals mit seinem Porträt und Likes sind im Internet erhältlich. Eine derartige Website ist der Second Hand-Internetmarkt OLX, der einer Technologiefirma namens *Prosus* gehört, die wiederum im Eigentum des südafrikanischen Tech-Konzerns *Naspers* steht! Wie eine Sprecherin von *Naspers* erklärt, verurteile die Firma jede Form von Rassismus und Gewalt und habe nun eine elektronische Blockade gegen Walus-Namensnennungen und -Symbole verhängt. Ob die getroffenen Maßnahmen wirksam waren, ist derzeit unklar. »Polnische Fußballteams sind sehr divers«, kommentiert Prof. Pankowski, »umso trauriger ist es, daß gerade Klubs und Stadien als fruchtbarer Boden für Xenophobie und Rassismus fungieren.«

Abrüstung. Im Februar 2019 ratifizierte Südafrika als erster Staat im Südlichen Afrika den Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen, der von

den Nuklearmächten abgelehnt wird, von einer Staatenkoalition jedoch mit Mehrheit beschlossen wurde (INDABA 101/2019). Mittlerweile haben 39 Staaten ratifiziert, aus dem Südlichen Afrika noch Lesotho und Namibia. Insgesamt 81 Staaten haben mittlerweile unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert, darunter Angola, Botswana, Malawi und Tanzania.

Zimbabwe gegen Schweizer Konzern. In einem derzeit laufenden Gerichtsverfahren in Harare fordert Zimbabwe vom Schweizer Konzern ABB die Begleichung von hinterzogenen Steuern in Höhe von 13,4 Mio. US-\$ plus eine Strafzahlung von 4,7 Mio. US\$. ABB, eine der profitabelsten Firmen der Schweiz mit Sitz in Zürich, bestreitet die Vorwürfe, die allerdings durch Dokumente, die ein Mitarbeiter Journalisten zugänglich machte, bestätigt werden.

Bei dem Konflikt geht es um zwei Staatsaufträge unbekanntes Wertes aus dem Jahr 2011 an *ABB Zimbabwe Private Ltd.* über Generatoren für die *Hwange Power Station* sowie andere Kraftwerksausrüstung. De facto wurden die Geräte allerdings von einer südafrikanischen Firma zugekauft, mit der nur mündliche Vereinbarungen abgeschlossen wurden. ABB hatte somit einerseits keinen Gewinn in Zimbabwe erzielt und andererseits das Geschäft in Südafrika »schwarz« abgeschlossen, und in Folge wurden in keinem der beiden Länder Steuern bezahlt. Die Vorgangsweise kam allerdings zur Kenntnis von *Deloitte South Africa* und wurde beanstandet. ABB scheint öfter mit »Steuervermeidungen« zu arbeiten, etwa als Kundin von *Mossack Fonseca*, der Steuerberatungskanzlei in Panama, deren Machenschaften 2016 aufgedeckt wurden. Wie das Verfahren in Harare ausgehen wird, ist offen.

Unterschiedliche Interessen

Neustart der Beziehungen EU-Afrika gefordert

Wenn die Corona-Pandemie dem Vorhaben nicht noch einen Strich durch die Rechnung macht, findet im Oktober ein »historischer« EU-Afrika-Gipfel in Brüssel statt. Wie österreichische (INDABA 101/19) und viele andere NGOs fordert auch der renommierte Afrikaexperte Robert Kappel einen Neustart der Beziehungen. Ob es dazu kommen wird, ist fraglich. Lennart Oestergaard von der Friedrich Ebert-Stiftung hat mit ihm gesprochen.

Welche Folgen hat die Covid-19-Pandemie für die Länder Afrikas?

Die Krise in Europa, den Schwellenländern, China und den USA drückt das Wachstum der Weltwirtschaft. Ärmere Länder sind häufig abhängig vom Rohstoffexport, auch in Afrika. Da die Nachfrage gesunken ist, gehen Afrikas Exporterlöse deutlich zurück. Zahlreiche Länder sind in Schuldenkrisen geraten, die Steuereinnahmen sinken, die Investitionen aus dem Ausland nehmen ab und die Rücküberweisungen von Migranten reduzieren sich. Die Folge all dieser Entwicklungen ist der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze – Millionen Menschen geraten erneut in die Armut. Alle Erfolge der letzten Jahre bei der Armutsbekämpfung könnten zunichte gemacht werden.

Die EU möchte ihre Beziehungen mit Afrika verbessern und hat daher im März eine neue Afrikastrategie auf den Weg gebracht. Für Oktober ist ein großer Gipfel mit der Afrikanischen Union geplant. Was hat die EU konkret im Angebot?

Für die politische Führung der EU gilt 2020 als »entscheidendes Jahr« der europäisch-afrikanischen Beziehungen. Der Entwurf für eine neue Afrika-Strategie der EU wurde im März 2020 veröffentlicht. Er enthält Stichworte für Frieden und Sicherheit, ein grünes Wachstumsmodell, zur Verbesserung des Unternehmensumfelds und des Investitionsklimas, zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, Ideen für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und Wertschöpfung durch nachhaltige Investitionen sowie Hinweise zur Bekämpfung des Klimawandels. Noch ist diese Strategie nur ein Bündel von Ideen. **Die EU sollte ihre Kooperation mit Afrika grundlegend reformieren, um die historisch gewachsene Abhängigkeit zu verringern und die asymmetrischen Machtverhältnisse zu korrigieren.** Das wäre auch im europäischen Interesse. Gelingt dies, würde sich das europäische Engagement klar vom geostrategischen Handeln der USA und Chinas unterscheiden. Allerdings muß man sich dazu der Themen annehmen, die seit langem überfällig sind, wie



einer Reform des Agrarhandels. Die europäischen Bauern und Nahrungsmittelkonzerne sind in jeder Hinsicht durch hohe Subventionen übervorteilt. Subventionierte Billigexporte von Nahrungsmitteln zerstören die Existenz von Afrikas Bauern. Hier braucht es endlich eine Lösung.

Wie ist das Engagement anderer Akteure, beispielsweise Chinas, in Afrika zu bewerten? Steht die EU mit ihnen in Konkurrenz?

Im Unterschied zu Europa hat China »Zehn Große Kooperationspläne« mit Afrika verabredet: Industrialisierung, Modernisierung der Land-

wirtschaft, Infrastrukturentwicklung, finanzielle Kooperation, Grüne Entwicklung, Unterstützung von Handel und Investitionen, Armutsbekämpfung, öffentliche Gesundheit, kultureller und personeller Austausch sowie eine Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit.

China wie auch Indien haben es sehr gut verstanden, sich als globale Netzwerker aufzustellen. Die afrikanisch-chinesische Kooperation hat sich deutlich vertieft, und damit haben sich auch die Spielräume der afrikanischen Länder erweitert, sich von der allzu großen postkolonialen Abhängigkeit von Europa zu befreien. Dennoch ist Vorsicht geboten mit einer allzu optimistischen Bewertung Chinas. Gerade die hohen Infrastrukturinvestitionen und die Struktur der Investitionen wie des Außenhandels verdeutlichen, daß es sich nicht um ein neues Kooperationsmodell mit Afrika handelt. Zwischen 2000 und 2017 vergab China 130 Milliarden Euro an Darlehen zum Ausbau der Infrastruktur. Heute entfallen 20 Prozent aller Schulden Afrikas auf China.

Die einseitige Ausrichtung auf Rohstoffexporte, Rohstoffinvestitionen und die eher geringe Verbindung zur lokalen Industrie stehen dem afrikanischen Transformationsprozeß entgegen. Auch China wird umdenken müssen. Die Strategie, die Infrastruktur auszubauen, Rohstoffe auszubenten und dadurch Wachstum ohne Jobs zu generieren, erweist sich als Sackgasse. Solch ein Agieren verstärkt die bereits bestehenden Asymmetrien. Das chinesische Modell stößt an seine Grenzen. Es ist kein wirkliches Kooperationsmodell, sondern ein Modell der abhängigen Entwicklung und führt zur Verschärfung der Lage auf dem Kontinent. Europa sollte von diesem geo-strategischen Modell

ebenso Abschied nehmen wie China und durch sein Engagement – sei es durch Handel, Investitionen, technologische Kooperation – Beiträge zu einer von innen getragenen afrikanischen Entwicklung leisten, die zu Wohlstand, sinkender Armut und mehr Jobs führt.

Was läuft falsch in der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Europa und Afrika?

Europa ist der wichtigste Partner Afrikas. Seit dem Jahr 2000 etwa wandelt sich die Form der Kooperation. Die Gründe sind vielfältig. China wurde beispielsweise zu einem Hauptwettbewerber für die EU im Handel und bei Investitionen. Viele afrikanische Länder verzeichnen zudem seit etwa 15 Jahren ein relativ hohes Wirtschaftswachstum. Drittens nahm die Migration nach Europa zu. Und schließlich zeigen afrikanische Initiativen wie die im Jahr 2019 beschlossene Afrikanische Kontinentale Freihandelszone, daß die afrikanischen Staaten zunehmend strategisch agieren und ihre Kooperationsmöglichkeiten ausloten.

Heute stehen die europäisch-afrikanischen Beziehungen vor gravierenden Herausforderungen. Die politische Führung der EU sollte erkennen, daß ein »Weiter so« den gegenwärtigen Herausforderungen nicht mehr angemessen ist. **Die afrikanischen Interessen unterscheiden sich fundamental von denen der EU.** Sie durch Hilfsansätze à la »Afrika hat Probleme – wir haben die Lösungen« zu überkleistern, ist realitätsfremd denn je. Stattdessen sollte die europäische Seite die Agrarpolitik, Investitionen, Umwelt, die technologische Kooperation und Bildung in den Blick nehmen.

Sie haben Investitionen angesprochen. Dieses Thema wird immer wieder auf EU-Ebene, aber auch von der deutschen Bundesregierung betont. Wie wichtig sind die vielfach als Allheilmittel beschworenen Direktinvestitionen aus Europa für die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Afrika?

Die EU-Investitionen sind in den letzten Jahren noch gestiegen, der Abstand zu China und den USA hat sich vergrößert. Die entscheidenden Veränderungen aber müssen sich innerhalb Afrikas vollziehen. Denn Auslandsdirektinvestitionen leisten kaum Beiträge zur Verringerung von Armut und Arbeitslosigkeit.

Beispielsweise sind durch alle externen Investitionen in Afrika in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nur 100.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr entstanden. Benötigt werden aber 20 Millionen Arbeitsplätze pro Jahr. Diese müßten größtenteils von lokalen Unternehmen und Landwirten geschaffen werden. Europäische Maßnahmen können natürlich dabei helfen, ebenso beschäftigungsintensive Investitionen. Das bedeutet aber auch, daß Auslandsdirektinvestitionen mit lokalen Unternehmen in Industrieclustern und Sonderwirtschaftszonen verknüpft werden müßten. Die bisherige Ausbeutung billiger Arbeitskraft in den vielen Sonderwirtschaftszonen Afrikas darf dagegen nicht fortgesetzt werden.

Über Steuererleichterungen und andere Anreize könnten Investoren dazu gebracht werden, gezielt Unterverträge mit Unternehmen in Afrika abzuschließen, um Technologietransfer und Ausbildungsmaßnahmen zu ermöglichen. Ein Programm, an dem auch Forschungseinrichtungen und Universitäten beteiligt sind, könnte

dem Wissenstransfer und der Entwicklung von Unternehmen einen Schub geben.

Welche Rolle spielt die Handelspolitik für faire Beziehungen?

Die EU hat mit ihrer Handels- und Kooperationspolitik zu den heutigen asymmetrischen Beziehungen beigetragen und damit auch die Verschuldungskrise befördert, die jetzt erneut eskaliert. **Die überfällige Reform der Handelsbeziehungen der Europäischen Union mit Afrika erfordert die Aussetzung der sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs).** Durch die von der EU-Kommission verlangte Marktöffnung droht afrikanischen Unternehmen und Kleinbauern durch Importe eine noch weitere Marginalisierung. Die in den EPAs vorgesehene Senkung der Zölle auf EU-Importe auf afrikanischen Märkten wird den Prognosen zufolge die Handelsströme der Region zugunsten europäischer Produzenten beeinflussen. Lokale oder effizientere Lieferanten werden das Nachsehen haben.

Es ist angesichts der Gründung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone sinnvoll, diese zum Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit Europa zu machen. Die AfCFTA bietet eine Grundlage für eine Einigung über die wichtigsten Handels- und Investitionsfragen. Sie wurde von 54 der 55 afrikanischen Länder unterzeichnet und zielt darauf ab, freien Zugang zu Waren, Gütern und Dienstleistungen auf dem gesamten Kontinent zu ermöglichen. Die vorgesehenen Maßnahmen unterstützen die Entwicklung lokaler Fertigung und die Beschaffung von mehr Zwischen- und Endprodukten zwischen den afrikanischen Ländern, indem sie den intrakontinentalen

Handel und die regionalen Wertschöpfungsketten vertiefen. Obwohl die EU im Rahmen des »Everything but Arms«-Beschlusses den Zugang zu den europäischen Märkten erleichtert hat, gibt es noch immer zahlreiche Beschränkungen. Es sollte den afrikanischen Produzenten ermöglicht werden, leichter in die EU zu exportieren. Dafür sollte die EU ihre Zölle auf Importe aus Afrika weiter liberalisieren und allen afrikanischen Ländern zollfreien Zugang zu den EU-Märkten gewähren.

Robert Kappel ist emerit. Professor des Instituts für Afrikastudien der Universität Leipzig und war von 2004 bis 2011 Professor an der Universität Hamburg und Präsident des German Institute of Global and Area Studies (GIGA). Das Interview mit ihm wurde uns dankenswerterweise vom IPG-Journal der Friedrich Ebert Stiftung in Berlin zur Verfügung gestellt und redaktionell leicht gekürzt.

Den gesamten Text lesen Sie auf www.ipg-journal.de/interviews/artikel/afrika-hat-probleme-europa-die-loesung-voellig-realtaetsfremd-4581/

Zur Erinnerung: Österreichische NGOs zum Verhältnis EU – Afrika

Ob der »historische« EU-Afrikagipfel nun stattfinden wird oder nicht – auf jeden Fall scheint es sinnvoll, die Schlußfolgerungen der NGO-Konferenz »Ungleichheit« am 26./27. November 2018 in Erinnerung zu rufen. Die Konferenz fand unter der österreichischen EU-Präsidentschaft statt und wurde vom Vienna Institute for international Dialogue and Cooperation (VIDC) und von SADOCC organisiert (INDABA 101/19).

Ausgehend von der Analyse, daß die Einkommensschere zwischen Europa und Afrika in den letzten Jahrzehnten wesentlich größer geworden ist, kamen die 120 Teilnehmer/innen zu dem Schluß, daß die Kooperation zwischen der EU und Afrika unter den gegenwärtigen Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitsregime unfähig gewesen sei, diesen gefährlichen Trend zu stoppen. Sie forderten daher eine »*Neukonzeptualisierung der Beziehungen auf der Basis von gegenseitigem Respekt, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit*«.

Bei der zukünftigen ökonomischen Zusammenarbeit (Post-Cotonou) müßten nachhaltige Industrialisierung, regionale Integration nach den Vorstellungen der *Agenda 2063* der African Union sowie die Schließung von EU-Steueroasen im Vordergrund stehen. Die EU müsse sich für den geplanten verbindlichen UN-Vertrag über Konzerne und Menschenrechte aussprechen. Internationale Mindeststandards für Arbeit sollten im Einklang mit den ILO-Konventionen durchgesetzt werden. Zivilgesellschaft und die afrikanische Diaspora müßten bei der politischen Entscheidungsfindung einbezogen werden.

(Volltext abrufbar unter http://archiv.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DPI/pdfs/Schmidjell/AFrika/Inequality_Africa_Europe/Conclusions_Vienna_conference_inquality_2018_Nov_26_27.pdf)

Die Corona-Pandemie in Afrika im Spiegel der Medien

Viel Abgrund, wenig Zuversicht

Erst wurden Horrorszenarien vorausgesagt, dann erlahmte das Interesse. Afrika muß im globalen Drama wieder die Rolle der »tragischen Figur« spielen, kritisiert Martin Sturmer, der auf seiner Website <https://afrika.info/corona/> die Entwicklung akribisch verfolgt.

Am 14. Februar gab die ägyptische Regierung den ersten Corona-Fall in Afrika bekannt. Wenige Stunden zuvor hielt Microsoft-Gründer Bill Gates beim Jahreskongreß der American Association for the Advancement of Science in Seattle eine Rede, welche die Berichterstattung über die Corona-Pandemie in Afrika nachhaltig beeinflussen sollte. Gates warnte davor, daß in Afrika die Gesundheitssysteme kollabieren könnten. Dann sei mit mehr als zehn Millionen Corona-Toten zu rechnen. Wissenschaftlichen Beleg für seine düstere Prognose nannte Gates im Übrigen keinen.

Einen Monat später muß es aber für Journalist/inn/en durchwegs plausibel geklungen haben, daß es Afrika viel schlimmer erwischen würde als uns selbst. Der bedrückende Lockdown hinterließ Spuren – viele Medien sahen ein Horrorszenario heraufziehen. »Die Folgen werden für Afrika verheerend sein«, titelten die Salzburger Nachrichten (25. März), »Afrika steht alleine am Abgrund« hieß es in einer Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung (4. April), der Schweizer Tagesspiegel rechnete mit »Hunderttausenden, wenn nicht Millionen von Opfern« (31. März). Auch der deutsche Virologe Christian Drosten, der

während der Corona-Pandemie zum Medienstar avancierte, kündigte in einem Podcast eine gigantische humanitäre Katastrophe für den Kontinent zwischen Juni und August an: »Da wird es Szenen geben, die wir uns heute noch nicht vorstellen können«, sagte Drosten am 17. März.

Optimistischere Stimmen fanden hingegen kaum Gehör. So meinte etwa der britische Epidemiologe Paul Hunter in der Financial Times vom 24. März: »Ich denke, Afrika wird nicht annähernd so schwer unter der Pandemie leiden wie Europa oder Nordamerika.« Das niedrige Durchschnittsalter, die günstigen klimatischen Bedingungen und die geringe Bevölkerungsdichte würden die Ausbreitung des Coronavirus bremsen, war Hunter zuversichtlich.

Die Warnungen von Gates und Drosten fielen bei Journalist/inn/en auf einen fruchtbaren Boden aus eingelernten Stereotypen. Afrika wird vor allem dann zum Thema, wenn Konflikte oder humanitäre Krisen auftreten. Dieses Narrativ wurde in unzähligen kommunikationswissenschaftlichen Studien belegt. Bei einer Diskussion über die Afrika-Bericht-

erstattung meinte Thomas Seifert, stellvertretender Chefredakteur der Wiener Zeitung, im Jahr 2013 treffend: »Im medialen Theater bekommt jeder eine Rolle. Die Rolle Afrikas ist die der tragischen Figur, die am Ende sterben muß.« Diese Rolle sei eingeübt über die Jahrzehnte, vom Ende der Kolonialzeit bis heute, so Seifert.

In deutschsprachigen Medien haben sich in den letzten 60 Jahren Standarderzählungen eingebürgert, die in Summe eine weitgehend negative und einseitige Wahrnehmung des Kontinents manifestierten. So wurde bereits der Übergang in die politische Selbstverwaltung in den 1960er-Jahren in österreichischen Medien als »völlig chaotisch« dargestellt – aufgrund von Konfliktparteien begangener Grausamkeiten begannen sich erstmals Bilder eines »bestialischen« Kontinents zu etablieren. Diese Wahrnehmung verfestigte sich in den folgenden Jahrzehnten durch die Schreckensherrschaften von Diktatoren wie Jean-Bédel Bokassa, Idi Amin Dada oder Mobutu Sese Seko. Dazu kam die extreme Gewalt in Bürgerkriegen wie in Liberia oder Sierra Leone und im Genozid in Rwanda. Die Hunger-

Positive Meldungen kaum gehört

katastrophen im Biafra-Krieg, in der Sahel-Zone oder in Äthiopien drückten Afrika den Stempel des »hilfsbedürftigen Kontinents« auf. Eine optimistischere Afrika-Berichterstattung war erst um das Jahr 2010 herum feststellbar: Das hohe Wirtschaftswachstum vieler afrikanischer Staaten sowie die erfolgreiche Fußball-WM in Südafrika führte zu deutlich mehr Berichten über die Fortschritte auf dem Kontinent. Das Narrativ von »Africa Rising« verlor aber bald wieder an Glanz: Durch die Ebola-Epidemie in Westafrika und zunehmende wirtschaftliche Probleme machte sich wieder Ernüchterung breit.

Die Berichterstattung über die Corona-Pandemie in Afrika muß vor dem Hintergrund dieser Standarderzählungen betrachtet werden. Die mediale Aufmerksamkeit bei Katastrophen richtet sich nach den tatsächlichen oder befürchteten Opferzahlen. Seriöse Prognosen machen keine Schlagzeilen. Das weiß auch Bill Gates, der mit seiner düsteren Prognose den medialen Diskurs über die Corona-Pandemie in Afrika entscheidend mitbestimmte.

Ein Tiefpunkt war die »Tageschau« in der ARD am Ostersonntag (12. April). Zur besten Sendezeit um 20:00 Uhr moderierte Linda Zervakis einen Beitrag des Korrespondenten Norbert Hahn aus Nairobi an: »*Experten gehen davon aus, daß die Ansteckungsrate dort (in Afrika, Anm.) viel höher sein wird, als in Europa oder den USA.*« Wer tauchte im Beitrag als Experte auf? Erraten. Bill Gates. Was den US-Milliardär zum Pandemie-Experten macht, blieb allerdings ein Rätsel.

Heute wissen wir: Das angekündigte Massensterben mit Millionen von Toten traf nicht ein. Anfang Mai

verlor die Berichterstattung über den Verlauf der Pandemie in Afrika an Dynamik. Das nachlassende Interesse machte sich auch auf meiner Informationsseite <https://afrika.info/corona/> deutlich bemerkbar. Mit 3.285 Nutzer/innen verzeichnete das Angebot am 3. Mai einen Höchststand. Danach gingen die Zugriffe deutlich zurück.

Das eigentlich Traurige dabei ist: Die mediale Aufmerksamkeit sank, als die Pandemie in Afrika Fahrt aufnahm. Von Anfang Mai bis Ende Juli stieg die Zahl der aktiven Fälle stark an – weitgehend unbeachtet von den Medien. Am 26. Juli wurde mit 338.326 aktiven Fällen ein Rekordhoch erzielt. Heute (4. September) liegen die Zahlen um mehr als 100.000 unter dem Spitzenwert.

Allen seriösen Beobachter/innen ist klar, daß die Dunkelziffer der Infektionen in afrikanischen Staaten höher ist als die offiziell verlautbarten Zahlen. Bis Anfang September wurden in ganz Afrika erst rund zwölf Millionen Corona-Tests durchgeführt, ein Drittel davon in Südafrika. Bei den Testhäufigkeiten gibt es enorme regionale Unterschiede: So hat Rwanda mit seinen 13 Millionen Einwohner/innen mehr Corona-Tests durchgeführt als Nigeria bei einer Bevölkerungszahl von über 200 Millionen.

Doch selbst die Weltgesundheitsorganisation, deren Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus im März noch »das Schlimmste« für Afrika befürchtet hatte, gibt sich in der Zwischenzeit deutlich optimistischer. Die WHO-Regionaldirektorin für Afrika, Matshidiso Moeti, geht derzeit nicht davon aus, daß es in Afrika unentdeckte Cluster mit hohen Infektionszahlen gibt.

Die Corona-Pandemie ist für Afrika also bislang relativ glimpflich verlaufen. Katastrophal war aber der Tenor der Berichterstattung. Medien wären gut beraten gewesen, Expert/innen aus Afrika zu Wort kommen zu lassen. Dadurch wäre eine wesentlich differenziertere Berichterstattung möglich gewesen. Eine positive Ausnahme stellte hier die Süddeutsche Zeitung dar. Für die Serie »Welt im Fieber« konnte u. a. auch der senegalesische Sozialwissenschaftler Felwine Sarr gewonnen werden, der bei uns vor allem durch sein Buch *Afrotopia* bekannt geworden ist. Am 7. April schrieb Sarr eine wütende Erwiderung auf die angekündigten Horrorszenarien und bezeichnete diese als »*alte rassistische Herablassung*«, welche die Wirklichkeit verkenne: »*Man sagt uns das Schlimmste voraus. Es ist Afrika! Unvorstellbar, daß der Kontinent glimpflich davonkäme. Man vergißt dabei, daß Afrika eine lange Erfahrung mit Infektionskrankheiten hat. Und eine größere Belastbarkeit Schocks gegenüber. Wir sprechen uns nach der Krise!*«

In der Tat haben die meisten afrikanischen Staaten sehr schnell auf die Ausbreitung von COVID-19 reagiert. Als ich Mitte Februar nach Nairobi flog, wurde am *Jomo Kenyatta International Airport* bei allen Reisenden die Temperatur gemessen. Bei meiner Rückkehr am Flughafen Wien gute zwei Wochen später fehlte von vergleichbaren Gesundheitskontrollen jede Spur.

Martin Sturmer ist promovierter Afrikanist und Kommunikationswissenschaftler. Mit seiner Nachrichtenagentur afrika.info setzt er sich für eine differenzierte Wahrnehmung des Kontinents ein.

Langzeitfolgen unabsehbar

Regionale Corona-Krise

Strikte Maßnahmen haben die Pandemie im Südlichen Afrika zwar eingedämmt, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen aber werden erst langsam sichtbar (INDABA 106/20). Eine Übersicht.

Südafrika: Peak überschritten, Folgen unabsehbar

Mit ca. 650.000 Infektionen insgesamt ist Südafrika (weit vor Äthiopien und Ägypten) der schwerstbetroffene Staat Afrikas. Der erste COVID-19-Fall (ein Rückkehrer aus Italien) wurde Anfang März gemeldet, am 15. März 2020 erklärte Präsident Ramaphosa einen *National State of Disaster*, elf Tage später einen zunächst auf 21 Tage befristeten, sehr restriktiven Lockdown. Abgesehen von einer weitgehenden Ausgangssperre beinhalteten die Anordnungen ein striktes Verkaufsverbot von Alkohol und Tabak – eine in ihrer Wirksamkeit umstrittene Maßnahme, die zu einer Zunahme des Schleichhandels führte und den Staat hunderte Millionen Rand an Einnahmen kostete.

Zuständig für das Corona-Management ist ein sog. *National Coronavirus Command Council* (NCCC) unter Leitung von Vizepräsidentin Nkosazana Dlamini-Zuma, einer früheren Gesundheitsministerin und Gegenkandidatin Ramaphosas beim ANC-Parteitag 2017. Öffentliche Unstimmigkeiten zwischen dem weitgehend hinter den Kulissen agierenden NCCC und dem Präsidenten

werden daher auch als Gradmesser der internen Kräfteverhältnisse im ANC gewertet. Seit 17. August ist der Verkauf von Alkohol und Tabak unter bestimmten Rahmenbedingungen wieder erlaubt – Ramaphosa hätte dies schon früher gewünscht.

In Verbindung mit einer offensiven Teststrategie – fast 4 Mio. Tests bis Redaktionsschluß – waren die strikten Maßnahmen, medizinisch gesehen, jedenfalls erfolgreich. Mitte August wurde der sog. Peak überschritten, und seither sinken die Zahlen der Neuinfektionen bzw. aktiven Covid-19-Fälle kontinuierlich. Zu Redaktionsschluß wurden »nur mehr« ca. 50.000 Infizierte verzeichnet, mehr als 580.000 Patienten galten als geheilt. Fast 16.000 Corona-Tote waren allerdings zu beklagen. Auf einer fünfteiligen Ampel-Skala steht Südafrika nunmehr auf der zweitbesten Stufe 2, d. h. die meisten Beschränkungen sind gelockert. Am 20. September sollen weiters die nächtliche Ausgangssperre verkürzt und Versammlungen bis hundert Personen wieder erlaubt werden.

Die Schaffung eines milliarden-schweren Nothilfefonds im März wurde ursprünglich als beispielgebend für Afrika angesehen. Mittlerweile hat sich die Euphorie verflüchtigt infolge von bürokratischen Hemmnis-

sen bei der Auszahlung und zahlreicher Korruptionsskandale, in die auch Regierungsmitglieder verwickelt sein dürften. Die Betroffenen haben dementiert. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind unabsehbar. Mehr als drei Millionen Arbeitsplätze gingen laut Schätzungen bereits bis Juli verloren, u. a. im Tourismus. Wieviele davon wiederhergestellt werden, bleibt abzuwarten. Nach einer Studie des *UN Development Programme* (UNDP) könnte das südafrikanische Bruttosozialprodukt 2020 um bis zu 7,9% sinken; erst 2015 ist mit dem Wiedererreichen des 2019er-Niveaus zu rechnen. Etwa 44% der Bevölkerung könnten unter die Armutsgrenze fallen. Die Regierung plant ein 500 Mrd. Rand-Hilfspaket, das teils aus internen Quellen (Pensionsfonds), teils von ausländischen Donors aufgebracht werden soll. Erstmals in der Geschichte wurde beim *Internationalen Währungsfonds* ein Kredit von 4,3 Mrd. US-\$ (70 Mrd. Rand) beantragt und gegen eine 1,1%ige Verzinsung und andere Auflagen (!) genehmigt.

Das Gesundheitssystem arbeitet an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, so mußte u. a. die Zahl der HIV/Aids-Tests reduziert werden – was gesundheitliche Langzeitfolgen nach sich ziehen dürfte.

Walter Sauer

Zimbabwe: Schulen weiter geschlossen

Der erste COVID-19-Fall, ein Großbritannien-Rückkehrer aus Victoria Falls, wurde am 21. März bestätigt. Der erste COVID-positive Tote folgte zwei Tage später: Journalist Zororo Makamba, Sohn des *Telecel*-Vorstandsvorsitzenden James Makamba. Den April hinweg blieb die Situation vorerst stabil. Anfang Mai meldeten die Behörden lediglich 25 aktuelle Fälle, im Verlauf desselben Monats stieg die Zahl allerdings auf 145. Ende Juni lag sie bereits bei 422 und Ende Juli bei 2.098.

Die Exaktheit der Angaben läßt aufgrund mangelnder Testkapazitäten Raum für Zweifel offen. Laut Gesundheitsministerium wurde zum Beispiel am 7. August in sieben der zehn Provinzen des Landes kein einziger COVID-Test durchgeführt. Der verzögerte Anstieg der Zahlen dürfte allerdings auch schnellen Regierungsmaßnahmen zu verdanken sein. Bereits vor der ersten positiven Testung im März wurden nämlich die Schulen geschlossen und Reiseeinschränkungen erklärt. Am 30. März verkündigte Präsident Mnangagwa einen landesweiten Lockdown, der ursprünglich auf eine Dauer von 21 Tagen beschränkt war, mit einer Reihe von Abänderungen und Erleichterungen allerdings bis dato in Kraft ist. Eine Wiedereröffnung der Schulen ist nach nunmehr fünf Monaten immer noch nicht absehbar.

Die Pandemie traf Zimbabwe in Zeiten anhaltender Wirtschaftskrise und scheiternder Währungsreformen. Der IWF prognostizierte im April ein zusätzliches Schrumpfen der nationalen Wirtschaft um 7,4%, und die jährliche Inflationsrate stieg zwischen Juli und August von 737,26% auf

837,53%. Angekündigte finanzielle Unterstützung für gefährdete Personen und Kleinunternehmen blieb aus, während Gesundheitsminister Obadiah Moyo gemeinsam mit dem Präsidentensohn Collins Mnangagwa aufgrund unrechtmäßigen Vorgehens bei der Anschaffung von medizinischer Schutzausrüstung im Wert von 4 Mio. USD verhaftet wurde.

Straßenhändler konnten gemeinsam mit anderen informell Beschäftigten, die einen Großteil der Bevölkerung Zimbabwes ausmachen, in der Anfangsphase des Lockdowns ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen und verloren somit ihr tägliches Einkommen. Erst eine Abänderung der Ausgangssperre am 12. Juni erlaubte eine Wiederaufnahme informeller Berufstätigkeit.

Daniel Stögerer

Namibia: Versäumnisse rächen sich

Die ersten bestätigten COVID-19-Fälle wurden am 14. März bekanntgegeben und betrafen Touristen. Die Infektionen verharrten zunächst auf einem niedrigen Niveau, Mitte Mai gab es offiziell nur 16 bestätigte Fälle. Mit höherer Testfrequenz stieg die Anzahl der Erkrankten jedoch rapide an. Mitte September wurden bereits fast 10.000 Infektionen und 106 Tote gemeldet, mehr als tausend Personen waren (unter schlechten Bedingungen) in Quarantäne. Als hauptbetroffen galt zunächst die Region Erongo mit den Städten Walvis Bay und Swakopmund, mittlerweile sind die Elendsviertel rund um Windhoek der Hotspot. Bereits am 14. März traf die Regierung erste Maßnahmen, u. a. wurden Schulen, Bibliotheken

und Museen geschlossen, Großveranstaltungen – darunter die Feiern zum Unabhängigkeitsjubiläum – abgesagt. Am 17. März rief Präsident Geingob den Ausnahmezustand aus. Eine Woche später begann ein zunächst regionaler, dann landesweiter Lockdown mit regional und zeitlich variierenden Ausgangssperren und anderen Beschränkungen. Ab Anfang September kam es zu ersten Lockerungen wie z. B. der stufenweisen Öffnung von Schulen und Universitäten. Am 18. 9. wurde der Ausnahmezustand ganz aufgehoben, einzelne Maßnahmen wie Maskenpflicht in bestimmten Bereichen bleiben.

Während eine Studie im August den staatlichen Maßnahmen ein weitgehend gutes Zeugnis ausstellte, kritisierten Ärzte eine unzureichende Informationspolitik sowie eine vorzeitige Verhängung des Lockdowns; nun, da die Infektionszahlen weiterhin stark steigen, ist das Arsenal der Maßnahmen weitgehend verbraucht. Innerhalb der Regierung bestehen offensichtlich Differenzen über die Vorgangsweise, die Anfang August zur Entlassung von Gesundheitsminister Bernard Haufiku führten. Nun werden Pläne gewälzt, Teile der dicht besiedelten Elendsviertel, in denen *social distancing* nicht möglich ist, umzusiedeln (warum nahm man Reformen im Wohnungswesen nicht schon früher in Angriff?).

Die sozialen Auswirkungen sind enorm. Während der von der Regierung angekündigte *Emergency Income Grant* für Familien unter einem bestimmten Einkommensniveau von je 750 N\$ (gesamt ca. 400 Mio. Euro) zunächst begrüßt wurde, zeigte sich bald, daß die Summe nicht ausreichte und die Auszahlung vielerorts langsam oder gar nicht erfolgte (hätte Namibia seinerzeit das Grundeinkommen eingeführt, wäre dieses Problem heute

wesentlich entschärft). Am 23. Mai erklärte der Windhoek High Court weiters eine Klausel im Ausnahmezustand für verfassungswidrig, die Entlassungen aufgrund des Lockdowns untersagte. In Folge wurden tausende Menschen gekündigt. Zahlreiche Firmen setzten Arbeitszeit und Entlohnung auf 40% herab.

Erstmals seit der Unabhängigkeit beantragte Namibia einen Stand by-Kredit des *Internationalen Währungsfonds* in Höhe von 4,5 Mrd. Nam-\$ (ca. 225 Mio. Euro) zur teilweisen Abdeckung des Budgetdefizits. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des zusammengebrochenen Fremdenverkehrs sind kaum absehbar, auch wenn ab 4. September die Grenzen geöffnet wurden und *Air Ethiopia* ihre Flüge nach Windhoek wiederaufnahm.

Walter Sauer

Moçambique: Bestehende Krisen verschärft

Am 23. März wurde der erste COVID-19-Fall im Land bestätigt – ein aus London zurückkehrender 75jähriger Moçambikaner – wie sich später herausstellte, der ehemalige Bürgermeister von Maputo. Die bestätigten Fälle nahmen zunächst langsam zu: von 8 im März bzw. 76 im April auf 254 im Mai, was mit der geringen Zahl von Testungen zusammenhing. Die Zahl »importierter« Infektionen nahm stetig ab, im Mai waren bereits 83% der Fälle auf lokale Transmission zurückzuführen. Am 25. Mai wurde der erste COVID-19-Todesfall verzeichnet. Die Zahl der bisherigen Todesfälle ist mit 23 gering. Ab Juni nahmen die bestätigten Fälle rapide zu: von 889 im Juni auf 1.864 im Juli. Sie überstiegen Anfang September die

4.000er Marke. Der Verdopplungszeitraum verkürzte sich auf zwei Wochen. Tägliche Neuinfektionen schwanken zwischen 50 und 100. Testungen und Kontaktverfolgung wurden stark intensiviert und liegen täglich bei durchschnittlich eintausend.

Zu Beginn gab es zwei Hotspots der Verbreitung von COVID-19: Maputo-Matola und das Erdgas-Camp von *Total* in Afungi, Cabo Delgado, das 71% der Infektionsfälle verzeichnete. Inzwischen konzentriert sich die Ausbreitung von COVID-19 auf vier Provinzen: Maputo Stadt, Maputo Provinz im Süden sowie Cabo Delgado und Nampula im Norden. Die Ausbreitung im Norden wird durch die Flucht vor den Angriffen der Aufständischen und den Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern sowie den dichtbewohnten Armenvierteln von Pemba und Nampula verstärkt. Studien dort haben ergeben, daß 5-10% der Bevölkerung mit dem Virus infiziert sind, ein viel höherer Prozentsatz, als die Testungen nachweisen. Die höchsten Infektionsraten haben Marktverkäufer, Binnenflüchtlinge und Gesundheitspersonal.

Die Regierung antwortete auf die Pandemie mit der Ausrufung des Notstands am 1. April mit Schließung der Grenzen, Ausgangs- und Reisebeschränkungen im Land, Schließung von Schulen, Kirchen, Bars, Stränden, Versammlungsverbot und Maskenpflicht. Es handelte sich nicht um einen vollen Lockdown, z. B. blieben Märkte und Geschäfte tagsüber geöffnet. Die Beschränkung der Passagierzahlen in den lokalen Transportmitteln mußte von der Regierung aufgrund von Protesten zurückgenommen werden. Der Notstand wurde bis 29. Juli verlängert, dann wurde verfassungsbedingt eine neue Verordnung notwendig. Die neue Verord-

nung ist ein Phasenplan der Öffnung. Ab 18. August öffnen die Universitäten, ab September berufs-bildende Schulen, ab Oktober die 12. Klasse der Sekundarschulen.

Das Gesundheitssystem ist mit der Epidemie überfordert. Einige Dienste wurden reduziert. Die Bevölkerung hat Angst vor Infektion im Spital und reduziert die Zahl der Konsultationen, z. B. Mutter-Kind-Untersuchungen.

Die Notstandsverordnungen treffen vor allem den großen informellen Sektor, die Bevölkerung in den Armenvierteln, Kinder und Jugendliche ohne Bildungsangebote. Die Pandemie verschlimmert die nicht bewältigten anderen Krisen des Landes, die Finanz- und Wirtschaftskrise, den Wiederaufbau nach den Wirbelstürmen von 2019 und den unkontrollierten Aufstand in Cabo Delgado. Der Antrag der Regierung auf Budgethilfe von 700 Millionen USD wurde von den Gebern aufgrund von »*bad governance*« abgelehnt. Im Staatshaushalt sind keine Reserven. Es fehlt an sozialen Programmen für vulnerable Gruppen.

Hemma Tengler

Angola: Luanda abgeschottet, kaum Hilfsprogramme

Angola hat bisher niedrige Infektionszahlen, aber eine hohe Zahl von Todesfällen. Die ersten COVID-19-Fälle wurden am 21. März bei zwei Angolanern registriert, die aus Portugal zurückkehrten. Bis Ende Mai gab es 86 bestätigte Fälle und vier Tote, bis Ende Juni 276 Fälle und dreizehn Tote. Die Testungen und damit die Fälle beschränkten sich praktisch auf Luanda, mit Ausnahme von drei Fällen in einer Nachbarprovinz. Zu Beginn der Pan-

demie waren die Infektionen vor allem unter Rückkehrern aus Portugal zu verzeichnen, nun sind sie auf lokale Transmission zurückzuführen.

Im Juli stiegen die täglichen Neuinfektion auf 20–35, im August jedoch auf 60–80 tägliche Neuinfektionen. Die Gesamtzahl der Infektionen lag im September bei 2.654, mit hoher Anzahl der Todesfälle von 108. Von COVID-19-Fällen sind nun 11 der 19 Provinzen des Landes betroffen. Der Hotspot ist weiterhin Luanda.

Bereits am 27. März verhängte die Regierung den Ausnahmezustand als vollen Lockdown. Die Schließung der Märkte führte zu Protesten der Bevölkerung, die sich auch von Polizeigewalt nicht von der Ausübung lebensnotwendiger Geschäfte abhalten ließ.

Da der Ausnahmezustand nicht mehr als einmal verlängert werden durfte, erließ der Präsident am 26. Mai eine neue Katastrophenverordnung mit geringen Lockerungen. Am 7. August wurde ein neues, an die Ausbreitung der Pandemie angepaßtes Dekret erlassen.

Charakteristisch für die Reaktion der Regierung auf die Pandemie sind die strengen Verordnungen und ihre Verfolgung durch Festnahmen (15.000), Schließungen von Handelsunternehmen (10.000) und Märkten (8.000), die Abschottung Luandas vom Rest des Landes durch Reisebeschränkungen und staatliche Quarantänezentren für positiv Getestete oder Verdachtsfälle mit schlechter Versorgung und wochenlangem Warten auf ihre Testergebnisse.

Die Maßnahmen zur Milderung des Impakts konzentrieren sich auf den Gesundheitssektor. Bisher hat die Regierung 60 Millionen Euro für den Ausbau von Gesundheitseinrichtungen flüssig gemacht. Die EU bot 10

Millionen Euro für einen Entwicklungsfond an. Die Pandemie prolongiert die langjährige Wirtschaftskrise Angolas, die durch den Einbruch des Rohölpreises, den Rückgang seiner Erdölförderung (25%) und der Steuereinnahmen (um 20%) verschärft wird. Man rechnet mit –7% Wirtschaftswachstum. Maßnahmen der Regierung für vulnerable Bevölkerungsgruppen beschränken sich bisher auf Kleinprojekte für ein paar hundert Familien.

Hemma Tengler

eSwatini (früher Swasiland): Hungerkrise akut

Erste vereinzelte Infektionen traten in der zweiten Märzhälfte auf und betrafen Rückkehrer aus dem Ausland. Die Zahl blieb zunächst niedrig, allerdings gab es auch keine Tests, die Kapazitäten dafür wurden erst im Lauf der Zeit mit Unterstützung von Forschungseinrichtungen aus den USA und Japan bereitgestellt. Vor allem im August stieg die Anzahl der Fälle stark an, bei Redaktionsschluß gab es kumuliert über 5.000 Infektionen, davon 626 aktive Fälle. 101 Corona-Tote waren zu beklagen.

König Mswati III, der absolute Monarch des Landes, verhängte am 21. März einen zunächst auf drei Monate befristeten, später verlängerten Lockdown mit teilweise strikten Maßnahmen, u. a. einem Alkoholverbot. Universitäten und Schulen wurden vereinzelt im Juli, dann Ende August wieder geöffnet, ein weiterer Anstieg der Infektionen wird deshalb befürchtet. Zu Unruhen und Streiks kam es im Verlauf des Lockerungsprozesses im Beförderungsgewerbe, weil zunächst für die Minibusse im

Wirtschaftszentrum Manzini günstigere und für jene in der Hauptstadt Mbabane restriktivere Regelungen veröffentlicht wurden.

Schon vor der Krise hatte eSwatini mit Mißernten und einer allgemeinen ökonomischen Krise zu kämpfen, verschärft durch die Mißwirtschaft der königlichen Dynastie. Nach einem im August veröffentlichten Regierungsreport sieht sich derzeit ein Drittel der ländlichen und fast ein Fünftel der städtischen Bevölkerung mit »hoher akuter Lebensmittelunsicherheit« konfrontiert. Lebensmittellieferungen werden durch die COVID-19-Maßnahmen beeinträchtigt und kommen kaum bei den Betroffenen an.

Als COVID-19-Hotspots gelten derzeit Mvutjini in der Tourismusregion Ezulwini sowie Nkoyoyo nahe von Mbabane. Als Ursachen dafür gelten Prostitution, illegale Shebeens sowie ein verbreitetes Unterlaufen der Quarantänebestimmungen: Infizierte Personen werden zwar von der Polizei aufgefordert, zwecks Selbstquarantäne zu ihren ländlichen Familien zurückzukehren, bleiben in Wirklichkeit aber in ihren Wohnungen nahe der Stadt oder ihren Arbeitsplätzen. Da die meisten Hotels und Betriebe geschlossen sind, versuchen viele Frauen, durch Prostitution wenigstens etwas zu verdienen. *Social distancing* ist kaum üblich (oder überhaupt möglich), Wasserausgabestellen werden nicht desinfiziert usw. In Geschäften herrscht teilweise Maskenpflicht, infolge der herrschenden Armut kommt es aber häufig vor, daß sich Familien oder Freunde die wenigen vorhandenen Masken teilen. Generell wird der Informationsstand der Bevölkerung als zu gering beurteilt.

Richard Rooney / Walter Sauer

Neuer Präsident

Auf Basis der Verfassung gewählt

Im zweiten Anlauf schaffte es Lazarus Chakwera: Er ist der demokratisch gewählte Präsident Malawis. Von Bernhard Bouzek.

Der Oppositionsführer von Malawi, Lazarus Chakwera, wurde am 28. Juni 2020 als neuer Präsident des Landes vereidigt, nachdem er den amtierenden Peter Mutharika in einer historischen Wiederholungsabstimmung am 22. Juni 2020 besiegt hatte. Es war das zweite Mal in dreizehn Monaten, daß die Wählerinnen und Wähler aufgerufen waren, an der Urne den Präsidenten zu bestimmen. Im Februar hatte das Verfassungsgericht des südostafrikanischen Landes die Ergebnisse der Wahlen vom Mai 2019 wegen weit verbreiteter Unregelmäßigkeiten annulliert und eine neuerliche Wahl innerhalb von 150 Tagen angeordnet. Ein Schritt, der in Afrika zuvor nur einmal, in Kenya 2017, unternommen worden war.

Bei der ersten Abstimmung im Mai 2019 war der amtierende Peter Mutharika mit knapper Mehrheit im Amt bestätigt worden. Die Wahlkommission erklärte zunächst Präsident Mutharika, der seit 2014 an der Macht war, mit 38,5 Prozent der Stimmen vorzeitig zum Wahlsieger. Sein Herausforderer, Lazarus Chakwera, lag mit 35,4 Prozent dahinter. Dieses Ergebnis führte in weiterer Folge zu monatelangen Straßenprotesten, bei denen Demonstrierende skandierten, ihre Stimmzettel seien manipuliert oder gestohlen worden. Man sprach

schließlich nur noch von der »Tipp-Ex-Wahl«.

Im Februar 2020 hob eine wegweisende Entscheidung des Verfassungsgerichts von Malawi das Ergebnis auf, indem weitverbreitete, systematische und schwerwiegende Unregelmäßigkeiten angeführt wurden, darunter die mittlerweile berüchtigte Verwendung von Korrekturflüssigkeit bei der Stimmabgabe und das Versäumnis der Wahlkommission, Beschwerden zu bearbeiten.

Weiters wurde die vorzeitige Bekanntgabe des Wahlergebnisses bemängelt. Die Annullierung muß auch als peinliche Niederlage für die internationalen Beobachtungsmissionen der Europäischen Union, der Afrikanischen Union, der SADC und des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki als Vorsitzenden der *Commonwealth Observer Group* gewertet werden, die allesamt mit nur kleineren Einschränkungen die Wahlen in Malawi 2019 als frei und fair bzw. die Arbeit der malawischen Wahlkommission als professionell bezeichnet hatten (INDABA 105/20).

Um die Wiederwahl von Peter Mutharika – des Bruders des ehemaligen Präsidenten, des verstor-

benen Bingu wa Mutharika – zu verhindern, bildete Chakweras *Malawi Congress Party* (MCP) gemeinsam mit acht anderen Oppositionsparteien ein breites Wahlbündnis, die *Tonse Alliance*. Die frühere Präsidentin, Joyce Banda, schloß sich ebenfalls der Neun-Parteien-Koalition an. Chakweras Entscheidung, sich mit Saulos Chilima, der im letzten Jahr Dritter wurde, zu verbünden, scheint den endgültigen Wahlvorteil gebracht zu

haben. Chakwera erhielt bei der neuen Wahl 2,6 Millionen der 4,4 Millionen abgegebenen Stimmen, was etwa 59 Prozent entspricht. Dem gegenüber kam Mutharika nur auf 1,7 Millionen Stimmen oder etwa 39 Prozent. Das Urteil des Verfassungsgerichts hatte auch Malawis Wahlsystem geändert und das First-Past-The-Post-Modell, bei dem die relative Mehrheit bei nur einem Wahlgang genügt, durch ein Modell ersetzt, bei dem eine absolute Stimmenmehrheit notwendig ist.

Schon wenige Tage nach dem Urnengang wurde Lazarus Chakwera am 28. Juni als sechster Präsident von Malawi vereidigt. Bei dieser Gelegenheit schrieb Malawi Geschichte: Es ist das erste afrikanische Land, in dem

**Justiz
und Militär
korrekt**



Historische Amtsübergabe

das Ergebnis einer Präsidentschaftswahl aufgrund von Unregelmäßigkeiten aufgehoben wurde und ein Oppositionsführer die Wiederholungswahl gewinnen und verfassungsmäßig ins Amt gelangen konnte.

»Mit eurer Hilfe werden wir das Vertrauen der Nation in die Regierung wiederherstellen, eine Regierung, die dient und nicht nur regiert. Eine Regierung, die inspiriert, keine Regierung, die wütend macht. Eine Regierung, die zuhört, keine Regierung, die schreit. Eine Regierung, die für dich kämpft und nicht gegen dich«, sagte Chakwera bei seiner Amtseinführung vor tausenden Anhängern in der Hauptstadt Lilongwe.

»Diese Wahl war historisch. Unser Demokratie- und Justizsystem ist endlich erwachsen geworden. Die Malawier und die Rechtsstaatlichkeit haben gewonnen«, fügte Jimmy Kainja, Dozent für Medien-, Kommunikations- und Kulturwissenschaften an der Universität von Malawi, hinzu. Das Wahlergebnis wurde jedenfalls sofort nach Bekanntgabe von allen Parteien akzeptiert. Im Gegensatz zum Vorjahr waren auf Grund der COVID-19-Pandemie beim jetzigen Wahlvorgang keine internationalen Wahlbeobachtungsdelegationen im Land anwesend.

Lazarus Chakwera wurde am 5. April 1955 in Lilongwe, der heutigen Hauptstadt Malawis, geboren. Das damalige Protektorat Nyassaland stand noch unter britischer Kolonialherrschaft. Zwei seiner vor ihm geborenen Brüder starben im Kindesalter, sodaß der dritte Sohn den Namen Lazarus, der biblischen Figur, die von den Toten auferweckt wurde, erhielt.

Er entstammt einer Familie von Subsistenzbauern, die es ihm trotz der prekären wirtschaftlichen Situation ermöglichen konnte, an der Universität zu studieren. Chakwera schloß 1977 sein Studium der Philosophie an der Universität von Malawi mit einem Bachelor of Arts ab. Im Anschluß studierte er Theologie in Südafrika und den USA. Von 1989 bis 2013

war er Vorsitzender der Pfingstkirche *Malawi Assemblies of God*. Im April 2013 wurde er zum Präsidenten der *Malawi Congress Party* (MCP) gewählt

und trat schon 2014 bei den Parlamentswahlen an.

Der Wahlsieger von 2020 steht in Malawi vor gewaltigen Herausforderungen. Die hitzige Wahlkampfperiode hat bittere regionale Spaltungen im achtzehn Millionen Einwohner zählenden Land aufgedeckt. Die

Wähler/innen des südlichen Teils des Binnenlandes stimmten überwiegend für Mutharikas regierende *Demokratische Fortschrittspartei* (DPP), während jene der Zentralregion und des Nordens für die »Tonse-Allianz« votierten. Laut politischen Analysten muß das neue Staatsoberhaupt nun rasch die politische Kluft überbrücken.

Chakwera hat für sich einige Eckpfeiler definiert, die das Land vereinen und der Wirtschaftsentwicklung förderlich sein sollen. Dazu zählen insbesondere die Beendigung der Korruption, die Unabhängigkeit der Justiz und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus hat Präsident Chakwera mehrere Schlüsselinitiativen skizziert, darunter eine universelle Düngemittelsubvention zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit für jeden Haushalt, und versprochen, eine Million Arbeitsplätze durch die Modernisierung von Industrien zu schaffen. Wie er diese und weitere wirtschaftspolitische Ziele umsetzen wird, blieb aber offen. Wirklich neu ist die Subvention der Düngemittel ja gerade nicht, stellte diese Maßnahme doch bis Anfang der 1990er Jahre die politische und wirtschaftliche Herrschaft des Präsidenten Hastings Banda und seiner *Malawi Congress Party* sicher. Auch kommen bereits kritische Stimmen aus dem Jugendbereich, da sich Millionen von jungen Menschen in Malawi auch im neuen Kabinett nicht ausreichend repräsentiert fühlen und nach konkreteren Berufsaussichten verlangen.

In ganz Afrika wurde der Wahlausgang mit großem Interesse verfolgt und kommentiert. »*Neues Leben in Malawi! Herzlichen Glückwunsch an den gewählten Präsidenten. Ein großes Lob an die Professionalität der staatlichen Organe und die Wachsamkeit der Bürger. Gut gemacht, Malawi!*«,

Malawi als Modell für Afrika?

twiterte Nelson Chamisa, Zimbabwes Oppositionsführer. Ebenso teilte Zambias wichtigster Oppositionsführer, Hakainde Hichilema, über die Sozialen Medien mit, daß die Malawier »ein großartiges Beispiel für Afrika gegeben haben!« Überhaupt spielen die Sozialen Medien im Südlichen Afrika eine immer bedeutendere Rolle und können sich neben den klassischen Medien immer mehr zum entscheidenden Wahlfaktor entwickeln. Parallel zu einer raffinierten digitalen Kampagne reisten die Vertreter der »Tonse Allianz« im ganzen Land umher, um Kundgebungen für eine im weltweiten Vergleich sehr junge Wählerschaft abzuhalten, während sich der 80-jährige Mutharika weitgehend auf die Hauptstadt beschränkte. Die politische Opposition in anderen Ländern Afrikas wird sich auch mit dem neuen Stil von Lazarus Chakwera beschäftigen müssen, der sehr stark auf Dialog und Argumentation setzt. Seine geschliffenen Reden, sein amerikanischer Südstaatenakzent und sein ganzer Habitus erinnern seine Anhänger immer wieder an ein politisches Vorbild mit ähnlichem Werdegang: Martin Luther King. In jenen Ländern, in denen seit langem die Opposition mit ungünstigen institutionellen Bedingungen konfrontiert ist, wie zum Beispiel Zimbabwe oder Uganda, war der Wahlausgang in Malawi von besonderem Interesse.

Noch ein Umstand ist für andere afrikanische Staaten beachtenswert: Im Gegensatz zu anderen Präsidenten konnte Mutharika seit den Wahlen 2019 keine militärische Unterstützung in Anspruch nehmen. Ganz im Gegenteil versuchten die malawischen Streitkräfte (MDF), protestierende Bürger/innen und die Arbeit der Justiz zu schützen. Die MDF hatte schon



Präsident Chakwera bei einer seiner ersten Ansprachen

nach dem Tod des Amtsinhabers im Jahr 2012 die verfassungsmäßige Übernahme der Präsidentschaft durch die damaligen Vizepräsidentin Joyce Banda sichergestellt. Um diese verfassungsmäßige Haltung der Armee doch auszuhebeln, hatte Mutharika noch im März 2020 den Befehlshaber der MDF und seinen Stellvertreter aberufen. Letztlich blieb dieses Manöver erfolglos, ebenso wie der Versuch, den vorzeitigen Rücktritt von Malawis oberstem Richter durchzusetzen. Malawis demokratische Institutionen erwiesen sich jedenfalls überraschend robust und widerstandsfähig. Das Bild der Richter des Verfassungsgerichts, die im Februar mit kugelsicheren Westen unter ihren Roben zu ihrem Nichtigkeitsurteil kamen, war jedoch eine deutliche Erinnerung daran, daß dies nie der einfache Weg war.

Die Erwartungen an die neue Regierung sind jedenfalls sehr hoch: Sie muß die weit verbreitete Korruption

im Land bekämpfen, das im Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* auf Platz 123 von 180 Ländern steht. Obwohl die COVID-19-Fälle im weltweiten Vergleich weiterhin niedrig sind, wird das Budget, das bereits stark von ausländischer Hilfe abhängig ist, durch die Auswirkungen der Pandemie weiter gekürzt werden müssen. Der IWF

Hohe Erwartungen des Volkes

prognostiziert für 2020 ein BIP-Wachstum von nur einem Prozent, vor Ausbruch der Krise waren es noch fünf Prozent gewesen. Da sich die neue Regierung einer großen Zahlungsbilanzkrise und einer zunehmenden Verschuldung gegenüber sieht und derzeit keine Tourismuseinnahmen hat, auf die sie zurückgreifen kann, muß sie ihr politisches Kapital einsetzen, um rasch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.



AFRIKA 2020: Die Waffen zum Schweigen bringen

Von Adalbert Krims

Im Jahr 2019 gab es weltweit 27 Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen. Die am stärksten betroffene Region war Afrika mit 10. Insgesamt sind in den letzten 10 Jahren – nach Angaben des südafrikanischen »Institute for Security Studies« (ISS) – rund 2 Millionen Menschen in Afrika durch bewaffnete Konflikte ums Leben gekommen. Die Afrikanische Union hatte sich deshalb schon in ihrer zum 50-Jahr-Jubiläum 2013 beschlossenen »Agenda 2063« ausdrücklich zum Ziel eines »friedlichen und sicheren Afrika« durch die Förderung von dialogorientierten Ansätzen der Konfliktvorbeugung und Konfliktlösung bekannt. Im Rahmen dieser langfristigen Strategie wurde bei der AU-Generalversammlung 2017 für das Jahr 2020 – unter südafrikanischer Präsidentschaft – das Thema »*Silencing the Guns*« (»Die Waffen zum Schweigen bringen«) gewählt – mit dem Zusatz: »um günstige Bedingungen für die Entwicklung Afrikas zu schaffen«. Als Zielsetzung für dieses Jahr wurde definiert: »*Beendigung aller Kriege, Bürgerkriege, geschlechtsspezifischer Gewalt, gewaltsamer Konflikte und Verhinderung von Völkermord auf dem Kontinent bis Ende 2020*«.

Daß dieses Ziel bis Ende 2020 erreicht wird, ist natürlich völlig illusorisch. Das oben zitierte ISS in Pretoria meinte, die Regierungen müßten »Wunder wirken«, um ihr Ziel zu erreichen. Dennoch ist es wichtig, daß die afrikanischen Staaten sich zu einer solchen Zielsetzung bekennen und sie auf die politische Tagesordnung setzen. Einige Erfolge konnten ja in letzter Zeit erreicht werden, wie der Friedensschluß zwischen Äthiopien und Eritrea, eine Wiederbelebung des Friedensabkommens im Südsudan und ein Ende der innenpolitischen Krise auf Madagaskar. Aber abgesehen davon, daß z. B. im Südsudan die Situation noch keineswegs stabil ist, gibt es andere Krisenherde, wo auch mit Waffen gekämpft wird: von Libyen über Mali, Niger, Tschad, Nigeria, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Uganda bis

Somalia und Moçambique. Dabei handelt es sich nicht um traditionelle zwischenstaatliche Konflikte, sondern um Auseinandersetzungen mit nicht-staatlichen Akteuren, also etwa Rebellengruppen wie »Islamischer Staat«, Boko Haram oder Al-Shabaab, die sich häufig auch ethnisch oder religiös legitimieren.

Gerade weil es sich in Afrika überwiegend nicht um »klassische« Kriege handelt, spielen Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) eine entscheidende Rolle. Diese sind für den größten Teil der Todesopfer verantwortlich. Nach Schätzungen der AU befinden sich in Afrika rund 40 Millionen SALWs im Besitz nicht-staatlicher Akteure und nur 11 Millionen im Besitz von Regierungsinstitutionen. Der Großteil der illegalen Waffen stammt aus dem grenzüberschreitenden Handel, ein Teil aber auch aus der Abzweigung nationaler Lagerbestände (inkl. internationaler Friedenstruppen) durch Diebstahl, Verlust oder Korruption. Ein besonderes Problem stellt in diesem Zusammenhang Libyen dar, wo es durch den Sturz Gaddafis und die Auflösung der zentralstaatlichen Strukturen heute den größten unkontrollierten Munitionsvorrat der Welt gibt (ca. 150.000 bis 200.000 Tonnen).

So sehr das »Schweigen der Waffen« eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung eines integrativen und prosperierenden Afrika ist, so schwierig ist es, dieser Zielsetzung durch praktische Schritte näherzukommen. Immerhin wurden in den letzten Jahren innerhalb der Afrikanischen Union ein Friedens- und Sicherheitsrat sowie ein entsprechender Kommissar installiert und auch die AU-Friedensmissionen (oft in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen sowie mit regionalen Wirtschaftsgemeinschaften) wurden ausgebaut. Andererseits stehen Grundübel wie soziale Ungleichheit, Armut, Menschenrechtsverletzungen, Korruption, fehlende Demokratie, Ausbeutung von Umweltressourcen und der Klimawandel entscheidenden Fortschritten im Weg.



Hochspannung hinter Gittern

Der Kinofilm »Escape from Pretoria« rekonstruiert ein spektakuläres Kapitel aus der Geschichte des Anti-Apartheid-Kampfes. Die historische Genauigkeit wurde zugunsten der Spannung etwas vernachlässigt. Von Simon Loidl.



Daniel Radcliffe als Tim Jenkins in Haft

Im Dezember 1979 schrieben Tim Jenkin, Stephen Lee und Alex Moumbaris Geschichte. Den drei Aktivisten des *African National Congress (ANC)* gelang nach fast anderthalb Jahren Vorbereitung der Ausbruch aus dem *Pretoria Central Prison*. Diese spektakuläre Episode aus dem Anti-Apartheid-Kampf wurde nun vom britischen Regisseur Francis Annan verfilmt. »Escape from Pretoria« feierte im März dieses Jahres Premiere. Obwohl der Streifen mit dem durch die »Harry Potter«-Filmreihe bekannt gewordenen Daniel Radcliffe in der Hauptrolle durchaus prominent besetzt ist, war er bislang nur in wenigen Ländern im Kino zu sehen. Nach Auskunft der für den deutschsprachigen Raum zuständigen Verleihfirma ist für diese Region lediglich eine DVD-Veröffentlichung zum Ende des Jahres geplant. Wer darauf warten und bis dahin keine Details zur Filmhandlung erfahren möchte, sollte den folgenden Text erst nach dem Ansehen lesen.

Dem Streifen, der aus Kostengründen in Australien gedreht wurde, wäre ein großes Kinopublikum durchaus zu wünschen. Denn auch wenn der politische Hintergrund des dargestellten Geschehens lediglich als Rahmen dient, gibt der Film Anlaß, sich einmal mehr mit dem Anti-Apartheid-Kampf auseinanderzusetzen.

Dabei ist der Film auch deshalb interessant, weil er fast ausschließlich das Schicksal weißer Aktivisten beleuchtet. Und so lernen Zuseher/innen ganz nebenbei historische Zusammenhänge – etwa, daß die weißen Anti-Apartheid-Kämpfer/innen in eigenen Strafanstalten eingesperrt wurden. Die rassistische Trennung nach Hautfarbe setzte sich bis hinter die Gefängnismauern fort. Einer der prominentesten weißen südafrikanischen Widerstandskämpfer, der im April dieses Jahres verstorbene Denis Goldberg (dargestellt von Ian Hart), spielt auch in »Escape from Pretoria« eine wichtige Rolle.



Spannende Vorbereitungen zur Flucht

Im Zentrum der Handlung des Films stehen allerdings die historischen Personen Tim Jenkin (Daniel Radcliffe) und Stephen Lee (Daniel Webber) sowie ein gewisser Leonard Fontaine (Mark Leonard Winter). Letztere Figur ist an die Person von Alexandre Moumbaris angelehnt. Dieser französisch-australische Aktivist mit griechischen Wurzeln lebte in den 1960er Jahren in London, wo er sich den Exilstrukturen des ANC anschloß. 1972 wurde er während einer Mission für den ANC bei einem Grenzübertritt festgenommen. Als Jenkin und Lee nach ihrer Inhaftierung begannen, sich auf einen Ausbruch vorzubereiten, beteiligte sich Moumbaris an den Vorbereitungen und brach schließlich zusammen mit den beiden aus.

Tim Jenkin und Stephen Lee kannten einander seit Studententagen. Gemeinsam hatten sie sich im Apartheid-Südafrika politisiert und dem ANC angenähert. Die beiden stellten unter anderem ab Mitte der 1970er Jahre Flugblätter her, die sie auf spektakuläre Weise mittels Flugblattbomben in Johannesburg und Kapstadt verbreiteten. Im März 1978 wurden sie festgenommen, nachdem ihnen die Behörden offenbar bereits seit längerem auf der Spur gewesen waren.

Die politische Geschichte stellt lediglich den Rahmen für die im Film erzählte Ausbruchsstory dar. Die Vorgeschichte, die zur Festnahme und Verurteilung von Tim Jenkin und Stephen Lee führt, wird in wenigen Szenen zu

Beginn des Films erzählt. Man sieht, wie die beiden eine Flugblattbombe zünden, merkt durch die spannungsgeladene Inszenierung, daß sie sich damit in höchste Gefahr begeben – und kurz darauf werden sie bereits von der Polizei gestellt. Auch Untersuchungshaft und Prozeß werden in kurzen Szenen abgehandelt. Bereits wenige Minuten nach Beginn des Streifens treten Jenkin und Lee ihre mehrjährigen Haftstrafen im Pretoria Central Prison an, treffen dabei auf Denis Goldberg und andere ANC-Aktivisten und beginnen sofort damit, ihre Flucht zu planen. Es folgen knapp anderthalb Stunden höchster Spannung mit einigen Schockmomenten. Als Zuschauer/in fiebert man bei den zunächst scheiternden Versuchen von Jenkin mit, der mit Hilfe von selbst geschnitzten Holzschlüsseln aus dem Gefängnis auszubrechen plant. Die anfänglich Skepsis der teils seit Jahren einsitzenden anderen politischen Gefangenen weicht vorsichtiger solidarischer Unterstützung der Ausbruchsvorbereitungen. Gänzlich reibungslos verläuft diese Zusammenarbeit hinter den Gefängnismauern allerdings nicht. Der Film weicht hier von den realen Geschehnissen ab. Während im Film von Beginn an nur Jenkin, Lee und Fontaine den Ausbruch planen und dies von den anderen ANC-Aktivisten eher geduldet als unterstützt wird, war tatsächlich der Ausbruch einer größeren Gruppe geplant. Dieser sollte auch Denis Goldberg angehören. Der Plan scheiterte letztlich aus ausbruchslogistischen Gründen, und so flüchteten schließlich – wie auch im Film – nur drei Personen.



Tim Jenkin, Alex Moumbaris und Stephen Lee nach dem Ausbruch 1979

Diese etwas schiefe Darstellung der Ereignisse im Film dient dazu, die Spannung weiter zu erhöhen. Die Handlung dreht sich um die heimlich durchgeführten Tests der selbstgefertigten Holzschlüssel. Stets droht die Gefahr, daß Jenkin und Lee dabei entdeckt werden. Hinzu kommt durch die Inszenierung des Konflikts zwischen den Gefangenen eine weitere Spannungsebene, nämlich die Debatten darüber, ob die Flucht überhaupt legitim ist. Jenkin, Lee und Fontaine müssen sich für ihre Aktion rechtfertigen, durch die sie auch ihre Mithäftlinge gefährden. Denn mit Repression und Strafverschärfung müssen alle rechnen – egal ob ein Ausbruch einzelner gelingt oder auch nur dessen Vorbereitungen entdeckt werden. Der Regisseur nutzt diesen Konflikt, um zumindest an einigen Stellen die Arbeitsweise und die Haltung des ANC zu thematisieren. »Du bist jetzt Teil einer Bewegung«, sagt Goldberg im Film zu Jenkin, »was du machst, betrifft jeden von uns.« Jenkin und Lee waren eben keine einzelgängerischen Abenteurer – auch wenn die Inszenierung des Films diesen Eindruck über weite Strecken vermittelt. Der im Film als Alleingang dargestellte Ausbruch der drei wird von den anderen Gefangenen nicht gebilligt, weil sie die kollektiven Anstrengungen gefährdet sehen. Doch gegen Ende sieht man, daß sich auch jene, die hinter Gittern bleiben, nach dem Ausbruch über die gelungene Aktion freuen. Die Solidarität der politischen Gefangenen überwindet hier die Diskrepanzen, das gemeinsame Anliegen wiegt schwerer als taktische Differenzen.

Eine etwas tiefer schürfende Darstellung der politischen Situation hätte dem Film nicht geschadet. Dennoch gelingt es dem Regisseur, den Kampf gegen die Apartheid in Erinnerung zu rufen. Der hohe Grad an Spannung wiederum, der durch die Inszenierung erzeugt wird, vermag zudem wohl ein breiteres Publikum anzulocken, als es eine eher historisch angelegte Inszenierung vermocht hätte. ■

Keys to Freedom

Die Geschichte des Ausbruchs von Tim Jenkin, Stephen Lee und Alex Moumbaris aus dem *Pretoria Central Prison* wurde bereits mehrmals verarbeitet. Am ausführlichsten setzte sich Tim Jenkin selbst mit dieser Episode aus dem Kampf gegen das Apartheid-Regime auseinander. Bereits 1987 veröffentlichte er ein Buch, dessen Titel nun von den Filmemachern übernommen wurde: »Escape from Pretoria«.

Durch diese Publikation erfuhr erstmals eine breitere Öffentlichkeit von den Umständen des Ausbruchs der drei Männer. Jenkin erzählt in dem Buch die ganze Geschichte – von seiner Annäherung an den ANC, von illegalen Aktivitäten, seiner Verhaftung, Prozeß, Gefängnis, Ausbruch und Flucht. Auffällig ist, daß auch Jenkin das Hauptaugenmerk auf die Ausbruchsvorbereitungen legt. Die Zeit vor dem Gefängnis handelt er auf kaum mehr als zwei Dutzend Seiten ab. Detailliert und mit Skizzen erklärt er, wie die Ausbruchsversuche und schließlich die gelungene Flucht vonstatten gingen.

Im letzten Kapitel des Buches schildert Jenkin auch die Konsequenzen, welche die gewonnene Freiheit der drei für viele andere hatte: Mithäftlinge wurden für lange Zeit in Hochsicherheitszellen gesteckt, einige Personen wurden verhaftet, unter anderem wurde auch Tim Jenkins Bruder wurde festgenommen, gefoltert und eingesperrt. Und dennoch: Für das Apartheid-Regime bedeutete der Ausbruch eine international wahrgenommene Niederlage.

Auch in bewegten Bildern existiert die Ausbruchsgeschichte bereits. Bekanntestes Beispiel vor der aktuellen Verfilmung ist die kanadische TV-Serie »Breakout«. In jeder Folge dieser in zwei Staffeln in den Jahren 2010 und 2013 produzierten semidokumentarischen Serie werden Gefängnisausbrüche nachgestellt und Protagonisten interviewt. Die Folge »Keys to Freedom« vom März 2013 ist dem Ausbruch von Jenkin, Moumbaris und Lee aus dem *Pretoria Central Prison* gewidmet. Ausführliche Interviews mit Tim Jenkin, Stephen Lee, Alex Moumbaris und Denis Goldberg bilden den Kern des TV-Films.

Simon Loidl

Sozialistischer Internationalismus

Die Solidaritätsarbeit der DDR (INDABA 55/07) und anderer sozialistischer Länder ist bis heute Thema der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Zwischen Polemiken, Rechtfertigungen und Fakten stellt sich immer wieder die Frage: Was können wir davon lernen – können wir?

Ulrich van der Heyden, **Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft 1979–1990** (Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, 2019). 725 S.

Wer aus einer österreichischen Perspektive an wichtige Formen der inter- und transnationalen Arbeitsmigration im letzten Jahrhundert denkt, dem wird wohl zuerst das Regime der »Gastarbeit« in den Sinn kommen, das sich zwischen westeuropäischen Ländern einerseits und südlicheren Ländern von Marokko und Portugal über Jugoslawien bis hin zur Türkei andererseits etablierte. Während die westeuropäischen Länder die Anwerbung von Arbeitskräften mit dem Ende des Wirtschaftsbooms 1973 stoppten, begannen die sozialistischen Länder gerade erst mit ihren transkontinentalen Arrangements – und zwar in der Regel auf Initiative der Entsendeländer, zu denen neben den (baldigen) RGW-Mitgliedern Kuba und Vietnam auch Algerien, Angola und Moçambique gehörten.

Im Südlichen Afrika war Arbeitsmigration über größere Distanzen zu diesem Zeitpunkt längst etablierter

Bestandteil sozialer Praktiken; insbesondere Südafrika hatte sich nach dem Fund von Gold und Diamanten zu einer bedeutenden Destination für Arbeitsmigrant/inn/en entwickelt. Sie schulterten im Bergbau nicht nur den ökonomischen Grundpfeiler des Apartheid-Staates, ihre Geldtransfers waren zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die umliegenden Länder. Selbst als Moçambique nach der 1975 erlangten Unabhängigkeit einen sozialistischen Entwicklungsweg einschlug, blieben die Löhne aus den Minen aus Südafrika ein zentrales Einkommen für zahlreiche Familien und eine wichtige Devisenquelle für den Staat. Darüber hinaus initiierte die moçambikanische Regierung aber auch ein Arbeitskräfteprogramm, in dessen Rahmen 21.600 Moçambikaner/innen in DDR-Betrieben zwischen 1979 und 1990 arbeiteten und/oder eine Ausbildung erhielten. Gerade die Logik der »Entwicklung« Moçambiques und die damit verbundene Ausbildungskomponente, die allerdings im Laufe der ökonomischen Misere der DDR in den 1980er Jahren zunehmend stiefmütterlich behandelt wurde, war ein wichtiger Unterschied zum westlichen Gastarbeiterregime.

Der Historiker Ulrich van der Heyden, der sich in den letzten drei Jahrzehnten um die Erforschung der Beziehungen zwischen Afrika und der DDR in zahlreichen quellengesättigten Sammelbänden, Monografien und Artikeln verdient gemacht hat, beschreibt dieses Programm zwischen der DDR und Moçambique in seinem 2019 im Leipziger Universitätsverlag erschienenen Buch als *Das gescheiterte Experiment*. Es handelt sich jedoch um mehr als nur eine Darstellung verschiedener Facetten des Phänomens »moçambikanische Vertragsarbeit in der DDR« zwischen 1979 und 1990. Es ist auch eine Abrechnung mit dem wissenschaftlichen und medialen Umgang mit der DDR-Vergangenheit nach 1990.

Die Auslassungen über »Fake Sciences« (S. 13) und Medien hätten auf einschlägigen Blogs, Twitter oder in der Kommentarspalte einer reichweitestarken Tageszeitung sicher mehr Wirkung entfaltet als in einem Buch mit 725 Seiten Umfang, das so mit zahlreichen Exkursen (z.B. zu einer Fernsehdokumentation über die nie belegte Involvierung der Stasi in den Foltermethoden des äthiopischen Derg-Regimes) durchsetzt ist. Van der

Heyden nimmt mit diesen im Ton oft polemischen Einschüben die Rolle eines *public intellectual* in Anspruch, ohne dabei aber Wert auf eine konzise Darstellungsweise zu legen, wie zahlreiche Wiederholungen belegen.

Diese strukturellen Mängel sind bedauernswert, denn van der Heyden hat eine Reihe guter oder zumindest diskussionswürdiger Argumente und eine Menge von Quellen bei der Hand, um beinahe alle Kritikpunkte, die nach 1990 am DDR-Vertragsarbeitsregime vorgebracht worden sind, zu hinterfragen. So greift er neben Archivakten auf veröffentlichte Interviews, wissenschaftliche Publikationen und Qualifikationsarbeiten zurück, darunter auch die an der Universität Wien eingereichte Diplomarbeit von Theresa Ulbrich, die in Moçambique ausführliche Gespräche geführt und anschließend behutsam analysiert hat. Zitate aus diesen Quellen werden in erster Linie als Gegenrede zu den Kritikpunkten in Literatur und Medien angeordnet: weder sei das Programm Ausbeutung in kolonialer Manier gewesen (da vonseiten Moçambiques initiiert und ökonomisch ein Zuschußgeschäft für die DDR), noch wären Moçambikaner/innen systematisch auf schlechter bezahlten oder bei DDR-Bürger/innen unbeliebten Posten eingesetzt worden.

Entschieden weist van der Heyden auch die oft getroffene Feststellung zurück, Solidarität sei in der DDR eine von oben verordnete und damit blutleere Angelegenheit gewesen, wie er unter Hinweis auf die Beziehungen mit Moçambique und Moçambikaner/innen, aber z.B. auch die Aufnahme chilenischer Emigrant/innen belegt. Statt die Wurzeln von rassistischer Gewalt im Zuge und nach der Wende in der DDR-Zeit zu suchen, wie es zahlreiche mediale und wis-

senschaftliche Darstellungen tun, erachtet van der Heyden es als nach wie vor offene »Forschungsfrage, (...) ob und warum sich unter welchen konkreten Umständen rassistische Ressentiments unter der DDR-Bevölkerung herausbilden konnten oder gar verfestigten« (S. 230). Formen von Diskriminierung und Gewalt, die es vor 1990 gab, sieht van der Heyden als »Einzelfälle«, von denen nicht auf eine allgemein verbreitete rassistische Haltung in der DDR geschlossen werden könne – und erst recht nicht auf die deutlich gestiegene Anzahl an Übergriffe nach 1990. In Summe entsteht der Eindruck, der Großteil der beteiligten Institutionen und Personen sei bemüht und interessiert gewesen, dem Vertragsarbeiterprogramm zum Erfolg zu verhelfen. Warum aber scheiterte dieses arbeitspolitische Experiment, das van der Heyden auch als »entwicklungspolitische[s] Projekt« (S. 556) bezeichnet? Er ortet die Hauptursache im Bürgerkrieg in Moçambique, dessen Andauern und Eskalation zahlreiche Annahmen des Programms torpedierte. Weiters wurden die zahlreichen weiteren Wirtschafts- und Ausbildungsprojekte, die DDR-seitig geplant worden waren und teils in direktem Zusammenhang mit dem Arbeitskräfteabkommen standen, nicht bzw. unzureichend umgesetzt.

All diese Thesen zu Bedingungen und Erfahrungen im Rahmen des Programms, zur staatlichen und gesellschaftlichen Solidarität, zu Rassismus und zum letztlichen »Scheitern« des Programms orientieren sich letztlich sehr stark an den offiziellen Zielen. Festgefahrene Positionen wie Solidarität vs. Ausbeutung bleiben damit bestehen; derartige dichotome Deutungssysteme eignen sich jedoch nicht, Widersprüche zu erklären. Aus

afrikawissenschaftlicher Sicht irritiert die Verwendung längst obsoleter Begriffe wie »Schwarzafrika« (S. 21) oder die Bezugnahme auf afrikanische »Tradition« – einerseits, weil der Begriff im Singular gebraucht wird, was jeder Erkenntnis über die Pluralität und Veränderbarkeit von »Tradition« in Afrika oder anderswo widerspricht; andererseits, weil damit Regelungen und Disziplinierungspraktiken des moçambikanischen Staates unter Mithilfe der DDR-Behörden gerechtfertigt werden (z.B. auf S. 178 in Bezug auf die Regelung, schwangere Frauen nach Moçambique zurückzuschicken).

Ulrich van der Heyden liefert zwei Bücher in einem ab und erweist seinem Anliegen damit einen Bärendienst. Wer sich für das Phänomen der »Vertragsarbeit« interessiert, wird von den zahlreichen Exkursen und weit vom Thema abschweifenden Diskussionen irritiert sein. Wer hingegen an einer Diskussion des DDR-Geschichtsbilds interessiert ist, wird diese nicht in einem 700-Seiten-Werk vermuten, dessen Titel eine klare Fokussierung auf einen spezifischen Aspekt der Beziehungen zwischen der DDR und Moçambique suggeriert. Das Buch ist jedoch fraglos mit Erkenntnisgewinn zu lesen, bürstet es doch zahlreiche Ansichten zu Regelungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Arbeitskräfteprogramm gegen den Strich, breitet eine Reihe von Fakten aus und fordert mit seiner stark zugespitzten Argumentation die eigene Urteilsfähigkeit heraus. Ein reichhaltiger Anmerkungsapparat sowie der Anhang, der zahlreiche Statistiken und auch einige Transkripte von Stasi-Berichten über rassistische Vorfälle enthält, helfen dabei, ein facettenreiches Bild des bilateralen Arbeitsmigrationsregimes zu vermitteln.

Eric Burton

Wolfgang Mix, **Kubas Internationalismus – Angola 1975–1991** (Berlin und Böklund, Verlag Wiljo Heinen, 2019). 152 S.

Der kubanische Militäreinsatz 1975ff. in Angola und die begleitenden zivilen Unterstützungsprogramme sind im öffentlichen Bewusstsein der Gegenwart kaum mehr präsent. Das ist schade, trug der kubanische Militäreinsatz doch wesentlich zur Zurückschlagung südafrikanischer Militärinterventionen und dadurch zur Rettung der MPLA-Regierung im unabhängigen Angola bei. Ein allgemeinverständliches Buch zu dieser Thematik ist daher nur zu begrüßen.

Wolfgang Mix, laut Klappentext seit 25 Jahren in der Kuba-Solidarität aktiv, legt hier eine in erster Linie kubanische Perspektive der damaligen Entwicklung vor. Sie stützt sich zu einem großen Teil auf die Recherchen des US-amerikanischen Historikers Piero Gleijeses – laut Mix dem bisher einzigen Ausländer, der *»Zugang zu tausenden von kubanischen Dokumenten«* erhielt (S.10) – sowie auf Aussagen Fidel Castros und Erinnerungen von kubanischen Militärs. Diese Perspektive ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse, etwa im Hinblick auf Divergenzen zwischen Kuba und der Sowjetunion, welchen der Autor relativ breiten Raum widmet. Aus Moskauer Sicht bildete das nicht abgesprochene kubanische Engagement in Angola eher einen Störfaktor in der globalen Entspannungspolitik der 1970er Jahre. Dies führte laut Mix zur Zurückhaltung insbesondere bei der militärischen Unterstützung (Luftwaffe). Auch die Diskussionen zwischen Havanna und Luanda über die Bezahlung bzw. Erlassung der angolischen Schulden sind bisher kaum bekannt.

Der Vorteil des Buches – die kubanische Perspektive – ist aber zugleich auch ein Nachteil. Der Text geht über offizielle Darstellungen kaum hinaus, ist stilistisch agitatorisch und wirkt somit auf weite Strecken plakativ und undifferenziert. Daß das kubanische Angola-Engagement grundsätzlich auf einen u. a. von Che Guevara propagierten revolutionären Internationalismus (*»Schafft ein, zwei, viele Vietnam«*) und somit auf einen politisch-moralischen Impuls zurückgeht, ist sicher richtig. Das schließt aber ökonomische oder strategische Eigeninteressen Kubas (z. B. Kompensation von Devisenmangel) nicht aus, und Hinweise darauf bei anderen Autor/inn/en müßten nicht automatisch als westliche Diffamierungen abgetan werden.

Dem Verhältnis der kubanischen Truppen zur angolischen Zivilbevölkerung – einem wichtigen Thema, gerade auch im Hinblick auf die ambivalenten Erfahrungen z. B. im ländlichen Südafrika mit kubanischen Ärzten – widmet der Autor ein eigenes Kapitel. Er zitiert u. a. eine exemplarische Ansprache Castros, in der er Respekt vor den Mitkämpfern aus Angola einfordert. Gleichzeitig aber wirken Castros Formulierungen von *»kulturelle[r] Rückständigkeit«* Angolas, *»Aberglauben«* etc. zumindest aus heutiger Sicht problematisch (S. 66). Über die tatsächlichen Begegnungen vor Ort bringt Mix eine Reihe positiver kubanischer Berichte (leider keine angolischen), Probleme schimmern allerdings zwischen den Zeilen durch. So führte die Vergewaltigung und Ermordung einer Angolanerin durch drei kubanische Soldaten zur Hinrichtung der Täter (S. 141). Ob dies wirklich nur ein Einzelfall war, müßte in einer umfassenderen Untersuchung geklärt werden.

Daß der kubanische Militäreinsatz zur Stabilisierung des unabhängigen Angola wesentlich beitrug, ist, wie gesagt, unbestreitbar. Die Einschätzung, Kuba habe auch Namibia *»befreit«* (S. 147), scheint mir allerdings überzogen. Daß Angola nach dem Ende der südafrikanischen Bedrohung und dem militärischen Sieg über die Rebellenbewegung UNITA einen Entwicklungsweg einschlug, der den revolutionären Idealen Kubas nicht entsprach, hebt der Autor mit Recht hervor (S. 138) – aber ob es wirklich eine sozialistische Alternative, einen *»kubanischen Entwicklungsweg«* für Angola gegeben hätte? So gesehen, bietet das übrigens gut illustrierte Buch von Wolfgang Mix interessante Anstöße für weitere Fragen.

Walter Sauer

... sadocc news ...

Spenden für Masi. Auf seiner Facebook-Seite schreibt Jeff Abrahams fast täglich eine kleine Reportage aus einer informellen Siedlung oder einem Township in Kapstadt. Am 4. August beispielsweise aus Masiphumelele: *»Tag 131 des Lockdowns. Die kommunalen Toiletten und Waschzonen hier sind für viele Haushalte gedacht. Für etliche von ihnen bedeutet es eine ziemliche Reise durch schmale Korridore zwischen den Heimen, dort hinzukommen. Besonders unangenehm und gefährlich ist es, während der Nacht auf die Toilette zu gehen, besonders für Frauen und Kinder ...«*

Nur ein kleiner Einblick – aber man kann sich vorstellen, wie schwierig das Leben dort schon unter normalen Umständen abläuft, geschweige unter Corona-Bedingungen. Motiviert durch einen Besuch in Masi hat Moritz Stroh

(INDABA 106/20) zu Spenden für die *Masiphumelele Civic Organisation* aufgerufen, die Hilfsgüter und Lebensmittel an die großteils arbeitslosen Bewohner/innen verteilt. Dank Ihrer/Eurer Unterstützung konnten wir mittlerweile 1.200 Euro überweisen!

Schaffen wir vielleicht 1.500 oder mehr? Wir ersuchen unsere Leser/innen nochmals um Spenden auf das SADOCC-Konto:

IBAN: AT57 1200 0006 1051 2006

Verwendungszweck: MASI

Nelson Mandela-Tag 2020.

Corona-bedingt mußten wir unsere Pläne für die 18. Juli-Veranstaltung in der Seestadt weitgehend ändern – aber ein Erfolg wurde sie trotzdem. Auf dem Nelson Mandela-Platz fand eine bewußt symbolisch gehaltene Veranstaltung statt (ca. 40 TN), mit Reden des südafrikanischen Botschafters Rapulane Molekane sowie von Gerhard Schuster (Wien 3420), Walter Sauer (SADOCC) und Beverly Mtui (FreshVibes). Mehrere Aktivitäten im Vorfeld versuchten, die Seestädter Bevölkerung verstärkt einzubeziehen, u. a. eine Informationsveranstaltung im Nachbar_innen-Treff Yella Yella.



Eine tolle Initiative gab es in Salzburg: Ein großes Transparent quer über die Eingangsfassade der Kollegienkirche in der Innenstadt (Foto).

Verstärkt waren wir im Internet präsent. So fanden in Zusammenarbeit mit dem *Afro-Asiatischen Insti-*

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

30 Jahre Namibia

Donnerstag, 8. Oktober 2020, 18 Uhr

International Institute for Peace (IIP),
Wien 4., Möllwaldplatz 5/2

Die von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft (ÖNG) vorbereitete Ausstellung anlässlich des 30. Jahrestages der namibischen Unabhängigkeit zeigt Fotos der UNTAG-Mitarbeiterin Elisabeth Friedel aus der Übergangszeit 1989/90 sowie Souvenirs aus dem Wahlkampf zum ersten freigewählten Parlament.

Mit Botschafterin Nada Kruger, Außenminister a. D. Peter Jankowitsch, Kwame Opoku, ehemaligem Rechtsberater der UNTAG, Alois Pommer, stv. Kommandanten des österr. UNTAG-Kontingents sowie Vertreter/innen der ÖNG. Ob die Veranstaltung real stattfinden kann oder nur im Netz, kann aufgrund der derzeitigen Corona-Situation noch nicht gesagt werden. Im Fall einer physischen Teilnahme ist Anmeldung erforderlich: www.iipvienna.com/registration.

Die Veranstaltung wird jedenfalls live ins Internet übertragen. **Besuche** bis Ende November sind während der Öffnungszeiten des IIP möglich.

tut Salzburg zwei Webinare statt: am 7. Mai zu »Corona in Südafrika« mit Martin Sturmer, Nina Herzog-Hawelka und dem österreichischen Handelsdelegierten im Südlichen Afrika, Johannes Brunner, und am 16. Juli über »Nelson Mandela and today's South Africa« mit Derek Hanekom, Jody Kollapen und Horst Kleinschmidt.

Marcus Neustetter entwickelte für uns eine Serie von künstlerischen Intervention sowohl in der Seestadt als auch im Internet. Ihren Höhepunkt erreichte »Solo-Solidarity-Future« am 18. Juli in Form von gleichzeitigen Aktivitäten von Kunstschaffenden in Bloemfontein (Miné Kleynhans), Nelson Mandela Bay (WorkPlace Agency & Collaborators), Soweto (Lerato Motau, Stone Mabunda) und Wien (Marcus Neustetter). Eine beeindruckende filmische Zusammenschau ist

– ebenso wie die übrigen Aktivitäten und die Grußadressen von Bezirksvorsteher Ernst Nevriy und Bürgermeister Dr. Michael Ludwig – auf unserer Website www.sadocc.at bzw. unter <https://youtu.be/iMtxnsj5xLU> abrufbar.

Afrikaans-Sprachkurs. Lydia Williams (Vorstandsmitglied der Österreichischen Namibia-Gesellschaft) hält in der VHS Brigittenau einen Kurs in ihrer Muttersprache Afrikaans (Niveau A1) ab. Beginn ist zwar schon am 23. September (und wurde schon über den SADOCC-Emailverteiler kommuniziert), ein späteres Einsteigen ist aber möglich. Der Kurs findet bis 4. November jeweils Mi 17.00 bis 18.30 Uhr statt. Details und **Anmeldung:** www.vhs.at/de/k/272542858.

NELSON MANDELA DAY 2020





was Salzburg mit dem südafrikanischen Burenkrieg zu tun hat oder ...

... warum Eisenstadt in Karl Mays »Sklavenkarawane« vorkommt oder ob der erste schwarze Sklave Österreichs tatsächlich in Kärnten lebte – derlei Fragen stellten sich dem Autor im Verlauf seiner Fahrt durch das »Afrikanische Österreich«.

Entstanden ist daraus ein Reiseführer besonderer Art, der nach dem »grabe, wo du stehst«-Prinzip afrikanischen Spuren in Wien und den Bundesländern nachgeht und dabei überraschende Facetten österreichischer Geschichte und Gegenwart freilegt.

Die vorgeschlagenen Reiserouten führen Leserinnen und Leser in Kirchen und Museen, zu Denkmälern und Straßenschildern, machen sie mit Institutionen, Restaurants und Afroschops bekannt. Aus über fünfhundert Stationen formiert sich eine neue, afrikanische Geographie Österreichs. In ihr spiegeln sich Geschichten über Sklaverei und Kolonialismus, Mission und Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration wider.

WALTER SAUER, Autor des längst vergriffenen Standardwerks »Afrikanisches Wien«, lehrt am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und ist Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC).

Walter Sauer (Hg.)
EXPEDITIONEN INS AFRIKANISCHE ÖSTERREICH
Ein Reisekaleidoskop
Euro 24,90, 480 Seiten, Klappenbroschur
Format 16 x 24 cm

